

PROTOKOLL GEMEINDERAT KLOTEN

22. Sitzung des Gemeinderats Sitzung der 14. Legislaturperiode vom 03.12.2024

Vorsitz	Ratspräsident	Philip Graf
Anwesend	Gemeinderat	32 Ratsmitglieder
	Stadtpräsident	René Huber
	Stadtrat	Christoph Fischbach Kurt Hottinger Roger Isler Regula Kaeser-Stöckli Gaby Kuratli Mark Wisskirchen
	Verwaltungsdirektor	Thomas Peter
Protokoll	Ratssekretariat i.V.	Regula Götsch
Entschuldigt abwesend	Gemeinderat	--
	Stadtrat	--
	Ratssekretariat	Jacqueline Tanner
Ort	Stadtsaal Zentrum Schluefweg	
Dauer	18:00 Uhr – 21:15 Uhr	

Eröffnung

Parlamentspräsident Philip Graf eröffnet die 22. Sitzung des Gemeinderats der 14. Legislaturperiode vom 3. Dezember 2024 und stellt die Anwesenheit von 32 Mitgliedern fest. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Traktandenliste

Die Traktandenliste mit den Unterlagen ist rechtzeitig zugestellt worden. Zur Traktandenreihenfolge erfolgen keine Wortmeldungen, die Geschäfte werden wie vorgesehen behandelt.

- 1 Mitteilungen des Gemeinderats
- 2 Motion 13447; Max Töpfer, SP; Einbezug des Gemeinderats in die Aufsicht über die ibk AG; Begründung / Überweisung
- 3 Vorlage 8383; Gestaltungsplan Ewiges Wegli 19, Kat.-Nr. 2849 (Rossweid); Festsetzung
- 4 Vorlage 9306; Budget 2025 / Finanzplanung 2024-2028; Budget und Steuerfuss 2025
- 5 Ersatzwahlen Legislatur 2022-2026; Mitglied Wahlbüro; Belinda Mastev, die Mitte, ab 01.01.2025

3.12.2024 Beschluss Nr. 98-2024 Motion 13447; Max Töpfer, SP; Einbezug des Gemeinderats in die Aufsicht über die ibk AG; Begründung / Überweisung

0.5.4 Parlamentarische Vorstösse

**Motion 13447; Max Töpfer, SP; Einbezug des Gemeinderats in die Aufsicht über die ibk AG;
Begründung / Überweisung**

Max Töpfer, SP und Mitunterzeichnende haben am 11.11.2024 die folgende Motion eingereicht:

Antrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat eine Änderung der Gemeindeordnung vorzulegen, welche die Auslagerung der Energie- und Wasserversorgung an die Industrielle Betriebe Kloten AG (ibk AG) im Sinne von Art. 98 Abs. 4 der Kantonsverfassung regelt. Durch die Vorlage soll auch der Gemeinderat in die Aufsicht über die ibk AG miteinbezogen werden, im Minimum durch die jährliche Kenntnisnahme des Geschäftsberichts.

Begründung:

Der Regierungsrat hat in seinem Beschluss zur Genehmigung der Gemeindeordnung der Stadt Kloten (RRBNr. 37612021) bemängelt, dass die Übertragung der Energie- und Wasserversorgung auf die ibk AG ungenügend geregelt ist. Die Stadt Kloten ist dazu angehalten, bei der nächstmöglichen Gelegenheit den Art. 3 Abs. 4 der Gemeindeordnung so anzupassen, dass er den Anforderungen der Kantonsverfassung genügt. Eine solche Revision der Gemeindeordnung soll auch genutzt werden, um den Gemeinderat, der die politische Oberaufsicht über die Stadt hat, in die Aufsicht über die ibk AG miteinzubeziehen. Denn als Volksvertretung hat der Gemeinderat die Pflicht, gemeindeeigenen Unternehmen wie der ibk AG auf die Finger zu schauen und deren Geschäftstätigkeiten zu überprüfen. Wenn der Geschäftsbericht dem Gemeinderat zur Kenntnisnahme vorgelegt werden muss, kann diese Pflicht auch wahrgenommen werden. Ein noch stärkerer Einbezug des Gemeinderats wäre aus unserer Sicht prüfenswert.

Beschluss:

Die Motion 13447; Max Töpfer, SP; Einbezug des Gemeinderats in die Aufsicht über die ibk AG wird mit 16 Nein- zu 12 Ja-Stimmen nicht an den Stadtrat überwiesen.

Wortmeldungen

Ratspräsident, Philip Graf: *Kommen wir zum zweiten Traktandum Motion 13447, Max Töpfer, SP, Einbezug des Gemeinderats in die Aufsicht über die IBK, Begründung und Überweisung. Am 5. November 2024 wurde die Motion von Max Töpfer im Gemeinderat eingereicht. Zum Ablauf: Zuerst die Begründung durch den Motionär, dann die Stellungnahme durch den Stadtrat, dann die Diskussion und am Schluss die Überweisung. Darf ich dich nach vorne bitten, Max Töpfer.*

SP-Fraktion, Max Töpfer: *Die IBK war in den letzten Jahren immer wieder Thema in diesem Rat. Seien es stark steigende Stromtarife, die Strategie im Umgang mit Gas oder die Vorbereitung auf eine mögliche Strommangellage. Die zahlreichen Vorstösse zeigen, dass auch von Seiten der Volksvertretung ein gewisses Interesse an den industriellen Betrieben da ist. Viel zu melden haben wir als Gemeinderäte und Gemeinderätinnen aber in der Regel nicht. Gemäss Gemeindeordnung beschränken sich die Kompetenzen*

des Gemeinderats und der Stimmbevölkerung lediglich auf die Veräusserungen der städtischen Beteiligungen. Zum Tagesgeschäft der IBK kann sich der Gemeinderat nicht äussern. Die Aufsicht liegt heute einzig und allein beim Stadtrat. Dieser nimmt seine Aufgabe in der Regel auch nicht öffentlich wahr und diese Tatsache finden wir stossend. Der Gemeinderat hat die politische Oberaufsicht über die Stadt. Konkret heisst das, dass der Gemeinderat und die GRPK den Auftrag haben, dem Stadtrat und der Verwaltung auf die Finger zu schauen und ihre Geschäftstätigkeiten zu überprüfen. Die jährliche Genehmigung der Rechnung und des Geschäftsberichts der Stadt sind ein Mittel, wie der Gemeinderat diese Aufsicht wahrnimmt. Im Rahmen der Prüfung dieser beiden Geschäfte können Fragen gestellt und Vorgänge kritisch hinterfragt werden. Die Ergebnisse dieser Prüfung werden öffentlich an einer Ratssitzung diskutiert. So erfährt die Bevölkerung via Presse oder Zuschauenden hier im Saal, wie es um die Führung der Geschäfte steht. Das ist ein wichtiges Instrument der Demokratie und des Parlaments zur Kontrolle der Exekutive, um so Veränderungen anzustossen und allfällige Missstände zu bemängeln. Bei der IBK ist das bekanntlich nicht der Fall. Weder die Rechnung noch der Geschäftsbericht der Stadt gehen auf die Tätigkeiten der industriellen Betriebe ein. Der Gemeinderat kann zwar via Anfrage oder Interpellation Fragen an den Stadtrat adressieren, die meistens mehr oder weniger beantwortet werden. Ein richtiges Instrument zur regelmässigen, parlamentarischen Kontrolle der IBK steht dem Gemeinderat aber nicht zur Verfügung. Man kann zwar argumentieren, die IBK sei ein eigenständiges Unternehmen nach Obligationenrecht und darum nicht direkt eine Angelegenheit des Parlaments. Dem muss man aber entgegenhalten, dass die IBK erstens öffentliche Aufgaben wahrnimmt und zweitens zu 100% der Stadt und damit der Klotener Bevölkerung gehört. Damit hat vor allem auch die Bevölkerung das Recht zu erfahren, wie es um die Tätigkeiten ihres Energie- und Wasserversorgers steht. Dies nicht nur im Rahmen einer regelmässigen Kundeninformation, sondern auch in Form einer kontroverseren, politischen Debatte hier im Gemeinderat. Wäre die Energie- und Wasserversorgung noch ein Teil der Stadtverwaltung, so wäre der Gemeinderat automatisch in die Aufsicht mit einbezogen. Die Motion verfolgt daher das Ziel, den Gemeinderat in die Aufsicht über die IBK mit einzubeziehen. Um dieses Ziel zu erreichen, soll die IBK dem Gemeinderat jährlich den Geschäftsbericht zur Kenntnisnahme vorlegen. Der Bericht kann dann anschliessend von der GRPK kritisch geprüft und hier im Rat diskutiert werden. Damit stärken wir schlussendlich auch die Institution des Gemeinderates. Die Motion verlangt auch noch, dass die Auslagerung der Energie- und Wasserversorgung auf Stufe Gemeindeordnung besser geregelt wird. Hier knüpfen wir an einen Auftrag des Regierungsrats aus dem Jahr 2021 an. Bei der Genehmigung der Gemeindeordnung wurde damals festgestellt, dass die minimalen, formellen Vorschriften der Kantonsverfassung in Sachen Auslagerung nur ungenügend erfüllt sind. In dieser Hinsicht muss die Gemeindeordnung eh in den nächsten Jahren revidiert werden. Im Rahmen dieser Revision sollten auch Synergien zur Verbesserung der parlamentarischen Aufsicht genutzt werden. Ich möchte zum Schluss aber ausdrücklich betonen, dass es bei dieser Vorlage nicht darum geht, die Auslagerung der Energie- und Wasserversorgung sowie die Rechtsform der IBK gänzlich zu hinterfragen. Es geht nur darum, den Status quo den übergeordneten Vorgaben entsprechend zu regeln. Vielen Dank für die Unterstützung der Motion.

Ratspräsident, Philip Graf: Der Stadtrat hat da seiner Sitzung vom 19.11.24 beschlossen, die Motion entgegenzunehmen. Möchte der Stadtrat trotzdem noch Stellung dazu nehmen?

Stadtpräsident, René Huber: Ja, das hätte ich gerne selber gesagt, aber in diesem Fall ist es schon gesagt und es bleibt dabei.

FDP-Fraktion, Hansjürg Schmid: Der Antrag fordert den Gemeinderat stärker in die Aufsicht über die IBK einzubinden. Etwa mit einer jährlichen Kenntnisnahme des Geschäftsberichtes. Diese Forderung alleine bringt aber keinerlei Mehrwert für die politische Mitsprache. Der Geschäftsbericht der IBK ist ja eh öffentlich und daher jederzeit einsehbar. In Kloten ist eigentlich die politische Einflussnahme auf die IBK bereits ausreichend geregelt. Zwei Stadträte sind dort im Verwaltungsrat, was eine starke politische Vertretung sicherstellt. Zudem existiert eine Energiekommission, die strategische Themen intensiv berät und vorbereitet. In diese hätte auch

die Motion zuerst hingehen sollen. Die Stadt arbeitet im Moment an einer Anpassung der Gemeindeordnung, um den rechtlichen Anforderungen zu entsprechen. Der Prozess wird, so wie ich die Stadt kenne, auch sehr sorgfältig durchgeführt und schliesst auch die notwendige Klarstellung der Eigentümerstrategie ein. Die ist ebenfalls für das Parlament jederzeit einsehbar. Da die Motion für uns keinen zusätzlichen Nutzen für den Gemeinderat oder für die politische Kontrolle bringt, sehen wir in dieser Motion keinen Mehrwert und sprechen uns dagegen aus. Danke für eure Aufmerksamkeit.

Grüne-Fraktion, Diana Diaz: Es gibt viele verschiedene Gründe, warum eine stärkere politische Steuerung der IBK und eine Einbindung des Gemeinderats für die Zukunft unserer Stadt und ihrer Energieversorgung von grosser Bedeutung sind. Die IBK hat in den letzten Jahrzehnten eine zunehmend verkrustete Struktur entwickelt. Die Organisation ist in vielerlei Hinsicht nicht mehr genug agil, um den schnellen Veränderungen und Anforderungen der heutigen Zeit gerecht zu werden. Besonders im Hinblick auf die anstehende Transformation, hin zu einer nachhaltigeren und erneuerbaren Energiezukunft, benötigen wir einen demokratischeren und zukunftsorientierteren Ansatz. Die Herausforderungen der Energiewende können nur dann erfolgreich gemeistert werden, wenn die IBK schnell auf technologische Innovationen, neue Marktbedingungen und gesellschaftliche Veränderungen reagieren kann. Dabei zeigt sich, dass eine zu starke Trennung zwischen der IBK und der Bevölkerung dazu führt, dass notwendige Anpassungen und Investitionen nur zu zögerlich oder nicht zielgerichtet umgesetzt werden können. Eine stärkere Einflussnahme des Gemeinderates ermöglicht es, dass strategische Entscheidungen klarer auf die Bedürfnisse der Stadt und ihren Einwohnenden ausgerichtet werden können. Der Stadtrat hat in der Vergangenheit den städtischen Werken eine grosse Unabhängigkeit zugestanden, was durchaus in einigen Bereichen sinnvoll sein mag. Doch in Zeiten, wo die gesellschaftlichen Anforderungen und Notwendigkeiten zur Transformation Richtung Nachhaltigkeit immer drängender werden, reicht die Autonomie nicht mehr. Der mangelnde politische Druck und die fehlende Einflussnahme auf die strategische Ausrichtung der IBK, führen dazu, dass wichtige Themen wie die Umstellung auf erneuerbare Energien nicht mit dem nötigen Tempo vorangetrieben werden. Ein Beispiel dafür ist die Strategie der IBK in Sachen Gasversorgung, die klar nicht mehr vertretbar ist. Für eine zukunftsfähige und umweltfreundliche Energiepolitik braucht es Druck vom Gemeinderat und von der Zivilbevölkerung. Das kann aber nur passieren, wenn wir mehr Transparenz haben und der erste Schritt dazu könnte mit dieser Motion erreicht werden. Die Wichtigkeit der Transparenz wird noch klarer, wenn wir in Betracht ziehen, dass die IBK zu 100% im Besitz der Stadt Kloten ist. Es ist deshalb nur gerechtfertigt, dass die Bevölkerung über ihre gewählten Vertreter und Vertreterinnen mehr Einfluss auf die Geschicke der IBK nehmen kann. Wir als Grüne unterstützen die Überweisung der Motion ausdrücklich, weil sie einen ersten, wenn auch einen kleinen, Anstoss gibt, für mehr Transparenz und demokratische Beteiligung bei der IBK. Danke vielmals.

Mitte-Fraktion, Pascal Walt: Danke Max, für die Aufmerksamkeit. Tatsächlich gibt es die, und ich zitiere eine "Bemerkung", nicht Auftrag, des Zürcher Regierungsrats, in dem die Klotener Gemeindeordnung im Artikel 3 Absatz 4 die Übertragung der Energie- und Wasserversorgung an die IBK detaillierter dokumentieren sollte. Dennoch habe ich ein paar Punkte, warum wir diese Motion trotzdem nicht unterstützen können. Ein Punkt war: Die Notwendigkeit ist nicht gegeben. Also wir gehen davon aus, dass der Stadtrat das auf seiner Liste für die nächste GO-Teilrevision vermerkt hat oder spätestens jetzt noch aufnimmt. Nur alleine für diese einzelne Änderung eine Volksabstimmung zu organisieren, finden wir übertrieben. Zweitens: Die Dringlichkeit ist nicht gegeben. Unabhängig von diesem GO-Artikel zeigt sich die Realität, dass das Zusammenspiel zwischen Stadt und der IBK seit über einem Vierteljahrhundert funktioniert. Drittens: Gesetzliche Vorgaben werden gelebt. Jede AG, Aktiengesellschaft, auch die IBK, muss meines Wissens eine Rechnungsprüfung durchlaufen. Die Revisionsstelle berichtet dem Verwaltungsrat, wir haben es gehört, zwei Stadträte sind drin, das Resultat der Rechnungsprüfung. Allenfalls gibt es gewisse Unstimmigkeiten, die zu bereinigen sind. Viertens: Transparenz ist bereits gegeben. Den öffentlichen Geschäftsbericht bekommen alle Klotener Haushalte jährlich mit der Rechnung und die nicht öffentlichen Informationen kann die GRPK immer noch situativ einfordern. Darum

überlassen wir es dem Stadtrat, unserer Exekutive, im Rahmen der nächsten GO-Revision eine praktikable Möglichkeit vorzuschlagen, ohne dass wir zusätzliche Kontrollen über den Gemeinderat einführen müssen. Danke.

GLP-Fraktion, André Käser: Ich fasse mich kurz. Ich bin sehr überrascht, dass gemäss der FDP die Aufsicht über die IBK offensichtlich in die Energiekommission gehört und ich nehme an man könnte dann das auch so wiederaufnehmen. Beim Beschluss des Regierungsrates, Pascal, heisst es "ist anzupassen". In dem Sinn gehe ich davon aus, dass es kein "sollte" Formulierungen ist, sondern dass die Stadt diese anzupassen hat. Danke.

SVP-Fraktion, Silvan Eberhard: Ich bin doch ein bisschen erstaunt über diesen Vorstoss von der linken Ratsseite. Von elf Unterzeichnenden wird verlangt, dass im Minimum der Geschäftsbericht der IBK dem Gemeinderat vorzulegen ist. Ich habe mich dabei gefragt, ob sich einer von diesen elf die Mühe gemacht hat, die letzten Kurzberichte des Geschäftsberichtes, die allesamt auf der Homepage der IBK zu finden sind, zu lesen und zu studieren oder sich einer der Mitglieder der Energiekommission, wo Beat Gassmann, Geschäftsführer der IBK, ja auch Einsitz hat, oder einen der beiden Stadträte, die im Verwaltungsrat der IBK sitzen, nach dem ausführlichen Bericht gefragt hat. Mindestens das zweite ist meines Wissens nicht passiert. Das zeigt für mich, dass es sich da um einen klassischen Vorstoss zur Profilierung handelt. Ich frage mich ernsthaft, welcher Mehrwert da für den Bürger geschaffen wird, wenn 32 Gemeinderäte den Geschäftsbericht von der IBK analog zum Geschäftsbericht der Stadt Kloten stillschweigend genehmigen. Auch wenn der Regierungsrat hier einen Mangel festgestellt hat. Ich fasse das etwa ähnlich auf wie eine Empfehlung aus einem ISO-Audit. Also im Sinn: Macht euch Gedanken, wie ihr das bei nächster Gelegenheit verbessern und anpassen könnt. Des Weiteren finde ich, der Vorstoss ist ein absolutes Misstrauensvotum gegenüber dem Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung der IBK. Dies notabene von der linken Ratsseite, die praktisch jedes Geschäft und jede Ausgabe des Stadtrates und der Verwaltung ohne sie zu hinterfragen und zu kritisieren durchwinkt. Sobald es sich jedoch um eine eigenständige Aktiengesellschaft handelt, muss man dieser auf die Finger schauen. Ein Ausdruck, der für mich suggeriert, bei der IBK seien in den letzten Jahren mehrere Ungereimtheiten aufgetreten. Davon wären mir keine bekannt. Im Gegenteil, bei allen Vorstössen während der Energiekrise hat die IBK stets transparent und offen kommuniziert und informiert. Ich denke nicht, dass es Mehrwert bringt, wenn der Gemeinderat, wie du es gefordert hast, Max, sich in den operativen Betrieben der IBK einmischt. Das machen wir ja auch nicht, zum Beispiel beim Altersheim oder in der Schule Kloten. Wir sind da eher strategisch unterwegs. Die Aufgaben der IBK sind aus meiner Sicht, Kloten zuverlässig mit bezahlbarer Energie zu versorgen und es ist nicht die Aufgabe, grüne Ideologien umzusetzen. Der Umbau in eine nachhaltige Stromversorgung wird aktuell von der Stadt Kloten mit dem Förderprogramm für Solarenergie schon ausreichend gefördert. Sie können meinem Votum entnehmen, die SVP lehnt diese Motion einstimmig ab. Wegen eines Mangels in der Gemeindeordnung, die ganze Gemeindeordnung anzupassen mit einer daraus folgenden Volksabstimmung, scheint uns nebst den vorhin genannten Argumenten keineswegs angemessen.

Max Töpfer, SP: Ich möchte gerne noch auf die Voten meiner bürgerlichen Vorredner etwas eingehen. Silvan, du hast uns unterstellt, dass wir ein gewisses Misstrauen gegenüber die IBK hätten. Das ist vielleicht nicht ganz falsch, ja, aber das ist definitiv nicht der Auslöser für diesen Vorstoss. Die Aufsicht bedeutet ja nicht, oder wir sollten keine Aufsicht in einer Situation einführen, wenn es gerade schlecht ist, sondern wir führen eine Aufsicht für den Fall ein, falls mal Missstände auftreten und das muss nicht jetzt unbedingt der Fall sein, aber kann später sein. Ich meine, in zehn Jahren sind andere Personen am Zepter im Verwaltungsrat und in der Situation ist es wichtig, dass auch das Parlament quasi den Leuten auf die Finger schauen kann. Dann noch etwas zu Hansjürg, seiner Aussage, die Politik ist ja schon eigentlich involviert in der IBK. Ja, das stimmt, der Stadtrat kann Einfluss nehmen auf die IBK, er hat eine Eigentümerstrategie, er leitet die oder er führt die Generalversammlung durch, er ist mit Vertretern und Vertreterinnen im Verwaltungsrat vertreten. Das stimmt,

ja, aber das ist nur der Stadtrat, wir haben ja auch den Gemeinderat. Wir haben ein Prinzip der Gewaltenteilung und das Prinzip der Gewaltenteilung bedeutet eben auch, dass das Parlament, die Legislative, den Stadtrat oder auch andere Exekutivorgane, und ich zähle jetzt mal die IBK irgendwo dazu, beaufsichtigt. Das ist auch primär die Überlegung, warum der Gemeinderat in einem gewissen Mass dort mit einbezogen werden sollte. Und noch zu dem Punkt mit der Energiekommission. Ja, es gibt diese Energiekommission, aber die Energiekommission ist wieder eine stadträtliche Kommission, und das heisst, es kann ja von der Logik her nicht aufgehen, dass eine stadträtliche Kommission den Stadtrat überwacht. Es muss eigentlich ein vom Stadtrat unabhängiges Organ sein, das die politische Aufsicht über die IBK ausübt. Und es mag zwar sein, dass der Geschäftsbericht bereits öffentlich ist und dass er den Kunden regelmässig zugestellt wird. Ja, aber der Gemeinderat kann sich nicht öffentlich dazu äussern. Jede Kritik an der IBK findet in der Regel hinter verschlossenen Türen statt. Sei es in der Energiekommission oder sei es im Stadtrat selber. Aber als Gemeinderat haben wir nicht die Möglichkeit, das öffentlich zu kritisieren. Es sei denn, wir machen natürlich einen Vorstoss. Und dann noch etwas zu den GO-Revisionen, dass es jetzt unnötig wäre, eine GO-Revision anzustossen. Ich glaube, wir haben Anfang des Jahres oder so, eine umfassendere GO-Revision hier behandelt und diese GO-Revision hat keine oder hat diesen regierungsrätlichen Auftrag nicht umgesetzt. Ja, uns war bewusst, wir hätten darauf drängen können. Aber uns war damals nicht bewusst, dass dieser regierungsrätliche Auftrag vorliegt. Aber ja, auch die Stadt hat das bisher nicht angestossen und ich habe ehrlich gesagt Zweifel, ob der Stadtrat jetzt auch wirklich daran denken wird, bei der nächsten GO-Revision das dann besser zu regeln. Ja. Ich würde mich trotzdem noch freuen, wenn der Gemeinderat die Motion unterstützt. Aber es wird wahrscheinlich eher nicht der Fall sein. Dankeschön.

Ratspräsident, Philip Graf: Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Das ist nicht der Fall. Weil der Stadtrat ja bereit wäre, die Motion entgegenzunehmen, muss ich jetzt fragen, ob es einen Antrag gibt die Motion nicht zu überweisen. Ich nehme mal an, das wird der Fall sein, was ich aus den Voten gehört habe, ich würde mich aber trotzdem noch gerne vergewissern, gibt es einen Antrag? Alles klar. Dann würden wir darüber abstimmen. Noch eine kleine Anmerkung, die ich vorher vergessen habe. Mittlerweile ist ja Brian Dieng da, darum sind wir jetzt 28 Mitglieder. Wir haben die Motion mit 16 Stimmen dagegen bei 12 Stimmen dafür und 0 Enthaltungen abgelehnt.

3.12.2024 Beschluss Nr. 99-2024 Vorlage 8383; Gestaltungsplan Ewiges Wegli 19, Kat.-Nr. 2849 (Rossweid); Festsetzung

6.0.5.4 Gestaltungspläne

Gestaltungsplan Ewiges Wegli 19, Kat.-Nr. 2849 (Rossweid); Festsetzung

Ausgangslage

Der Förderverein Hegnerhof erstellte im Jahr 2015 auf dem Grundstück Kat.-Nr. 2849 am Ewigen Wegli einen Gemeinschaftsgarten und ein Pavillongebäude. Seither hat sich das Grundstück als Ort nachbarschaftlicher Begegnung und mit kulturellen Veranstaltungen etabliert.

Die Grundeigentümerin der Parzelle Kat. Nr. 2849 beabsichtigt, das Grundstück am Ewigen Wegli zu bebauen. Der Aussenraum mit dem offenen Pavillongebäude soll weiterhin dem Förderverein Hegnerhof zwecks gemeinschaftlicher Nutzung zur Verfügung stehen.

Das Grundstück Kat.-Nr. 2849 ist gemäss rechtsgültiger Bau- und Zonenordnung (BZO) der Stadt Kloten der zweigeschossigen Wohn- und Gewerbezone WG2b zugeteilt. Damit sind u.a. zwei Vollgeschosse und zwei anrechenbare Dachgeschosse möglich. Das erarbeitete Richtprojekt erbringt den städtebaulichen Nachweis, dass sich ein Neubau mit fünf Vollgeschossen (ohne Dach- und Attikageschosse) gut in die Umgebung einfügt. Mit dem Neubau wird nicht mehr Ausnützung konsumiert als mit der Regelbauweise gemäss der Wohn- und Gewerbezone WG2b. Der Fussabdruck des Neubaus fällt aber durch die höhere Bauweise geringer aus als mit einer Regelüberbauung. Damit kann der Aussenraum zu grossen Teilen erhalten bleiben.



Abb. 1: Grundstück Kat.-Nr. 2849, Ewiges Wegli, Gemeinschaftsgarten Förderverein Hegnerhof
Quelle: Katasterplan, geoweb Gossweiler Ingenieure AG; 2024

Ziele

Mit dem Privaten Gestaltungsplan Rossweid wird sichergestellt, dass die vorhandenen Freiraumqualitäten der Liegenschaft auch im bebauten Zustand erhalten bleiben. Zentrales Anliegen ist ein möglichst grosser, naturnaher und gemeinschaftlich beispielbarer Aussenraum. Der Neubau erzielt einen adäquaten architektonischen Ausdruck und ermöglicht auch gemeinschaftliche Wohnformen.

Die Bebauung überschreitet die von der BZO vorgegebene Dichte der Wohn- und Gewerbezone WG2b nicht. Dafür wird die Gebäudegrundfläche durch eine vertikale Umverteilung minimiert. Als städtebaulicher Gewinn resultiert ein Aussenraum, der für die Bewohnenden und das Quartier einen Mehrwert darstellt. Die Gebäude sind auf diesen in Gestaltung und Funktion abgestimmt und mit Sorgfalt gestaltet.

Richtprojekt

Das Grundstück befindet sich hinter der historischen Bauzeile entlang der Dorfstrasse im Gebiet der einstigen Obst- und Nutzgärten. Entlang der Strasse Ewiges Wegli sind in den 1960er- bis 1980er-Jahre Mehrfamilienhäuser gebaut worden.

Das Richtprojekt reiht sich mit seinem Volumen in die Bebauungsstruktur am Ewigen Wegli ein, die durchgehend zur Strasse längsorientierte Baukörper aufweist. Die Abmessungen des eingefügten neuen Baukörpers sind vergleichbar mit denjenigen der Nachbarbauten. Das bestehende Pavillongebäude begrenzt den Aussenraum auf der Ostseite. Es enthält eine Stüdiowohnung, ein Aussenlager und einen gedeckten Sitzplatz mit Aussenküche. Es ist zur Wiese hin orientiert und ist ein Ort gemeinschaftlicher Begegnung. Der neue fünfgeschossige Bau wird über einen nordseitigen Laubengang erschlossen. Die Wohnungen befinden sich in den ersten vier Geschossen. Es sind Familien- und Clusterwohnungen vorgesehen. Das fünfte Geschoss hat einen gemeinschaftlich beispielbaren Raum, der sich für eine Vielzahl von möglichen Nutzungen eignet. Der Aussenraum wird von den Bewohnenden bewirtschaftet und mitgestaltet. Das Ziel ist der Anbau und die Pflege von Gemüse, Kräutern, Obst und Blumen in einem Gemeinschaftsgarten.



Abb. 2: Visualisierung Richtprojekt mit Pavillongebäude

Quelle: Richtprojekt Studio AGLO Architekten, Kloten; 2024

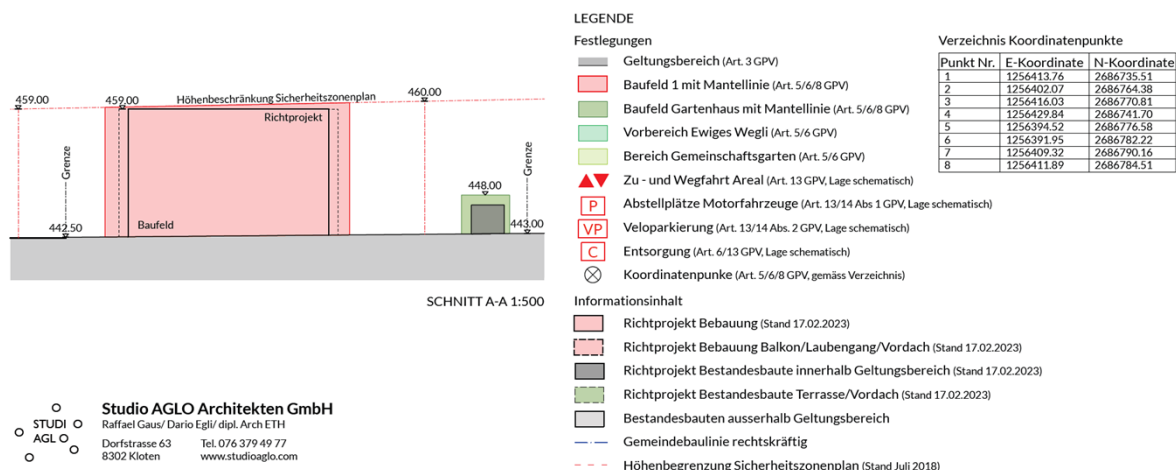


Abb. 5: Situationsplan Privater Gestaltungsplan Rossweid, Schnitt A-A und Legende

Quelle: Studio AGLO Architekten, Kloten

Mehrwertausgleich

Da der Private Gestaltungsplan Rossweid keine höhere Ausnützung als die Regelbauweise zulässt, entsteht kein planungsbedingter Mehrwert. Ein ist somit kein Mehrwertausgleich vorzunehmen.

Verfahren

Die Baukommission hat mit Beschluss vom 24. April 2023 die Planungsvorlage zuhanden der öffentlichen Auflage und Anhörung verabschiedet. Die öffentliche Auflage fand vom 19. Mai bis zum 18. Juli 2023 statt. Die Anrainer wurden an der Informationsveranstaltung vom 25. Mai 2023 informiert. Es sind während der öffentlichen Auflage keine Einwendungen eingegangen.

Das kantonale Amt für Raumentwicklung ARE nahm mit Vorprüfungsbericht vom 14. November 2023 und die Zürcher Planungsgruppe Glattal ZPG nahm mit Schreiben vom 12. Juli 2023 Stellung. Die von den kantonalen Stellen und der ZPG bemängelten Inhalte wurden eingehend geprüft und die Vorlage entsprechend präzisiert.

Dem Gemeinderat Kloten obliegt die Festsetzung des Privaten Gestaltungsplans Rossweid. Die Baudirektion des Kantons Zürich ist für die Genehmigung zuständig.

Fazit

Der Private Gestaltungsplan Rossweid schafft die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine hochwertige, freiraumschonende und nachhaltige Überbauung von Kat.-Nr. 2849 am Ewigen Wegli. Die Vorlage ist abgestimmt auf die übergeordneten Planungsgrundlagen und -zielsetzungen von Kanton, Region und Stadt.

Beschluss Stadtrat:

1. Dem Gestaltungsplan Rossweid wird zugestimmt.
2. Dem Gemeinderat werden folgende Anträge unterbreitet:
 - 2.1 Der Gestaltungsplan Rossweid, bestehend aus dem Situationsplan 1:500 und den Vorschriften, vom 8. August 2024, wird festgesetzt:
 - 2.2 Vom erläuternden Bericht gemäss Art. 47 Raumplanungsverordnung (RPV) und dem darin enthaltenen Bericht zu den nicht berücksichtigten Einwendungen nach § 7 Planungs- und Baugesetz (PBG) wird zustimmen Kenntnis genommen.

- 2.3 Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen an der Planungsvorlage als Folge von Rechtsmittel- und Genehmigungsentscheiden in eigener Kompetenz vorzunehmen. Solche Beschlüsse sind öffentlich bekannt zu machen.

Antrag Stadtrat:

Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

1. Der Gestaltungsplan Rossweid, bestehend aus dem Situationsplan 1:500 und den Vorschriften, vom 8. August 2024, wird festgesetzt:
2. Vom erläuternden Bericht gemäss Art. 47 Raumplanungsverordnung (RPV) und dem darin enthaltenen Bericht zu den nicht berücksichtigten Einwendungen nach § 7 Planungs- und Baugesetz (PBG) wird zustimmen Kenntnis genommen.
3. Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen an der Planungsvorlage als Folge von Rechtsmittel- und Genehmigungsentscheiden in eigener Kompetenz vorzunehmen. Solche Beschlüsse sind öffentlich bekannt zu machen.

Der Gemeinderat beschliesst einstimmig:

1. Der Gestaltungsplan Rossweid, bestehend aus dem Situationsplan 1:500 und den Vorschriften, vom 8. August 2024, wird festgesetzt:
2. Vom erläuternden Bericht gemäss Art. 47 Raumplanungsverordnung (RPV) und dem darin enthaltenen Bericht zu den nicht berücksichtigten Einwendungen nach § 7 Planungs- und Baugesetz (PBG) wird zustimmen Kenntnis genommen.
3. Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen an der Planungsvorlage als Folge von Rechtsmittel- und Genehmigungsentscheiden in eigener Kompetenz vorzunehmen. Solche Beschlüsse sind öffentlich bekannt zu machen.

Wortmeldungen

Ratspräsident, Philip Graf: *Kommen wir zum nächsten Traktandum Vorlage 8383, Gestaltungsplan Ewiges Wägli 19, Katasternummer 2849, Rossweid, Festsetzung. Diese wurde mit dem Stadtratsbeschluss 234-2024 am 3. September 2024 an den Gemeinderat überwiesen. Zum Ablauf: Zuerst Wortmeldungen aus der GRPK, dann die Wortmeldungen aus dem Stadtrat und dann die Wortmeldungen aus dem Rat. Darf ich dich nach vorne bitten, Marco Brunner für die GRPK?*

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Marco Brunner: *Die Parzelle 2849 ist unlängst mit dem Gemeinschaftsgarten sowie mit dem Pavillon ein Ort nachbarschaftlicher Begegnungen geworden und hat sich mit den kulturellen Veranstaltungen etabliert. Die Grundeigentümerschaft beabsichtigt mit dem vorliegenden Gestaltungsplan das " Ewiges Wägli " zu überbauen. Der Aussenraum soll aber weiterhin dem Förderverein Hegnerhof zwecks gemeinschaftlicher Nutzung zur Verfügung stehen. Bei dem privaten Gestaltungsplan wird sichergestellt, dass die vorhandenen Freiraumqualitäten der Liegenschaft auch in bebautem Zustand erhalten bleiben. Zentrales Anliegen ist ein möglichst grosser, naturnah und gemeinschaftlich beispielbarer Aussenraum. Der Neubau erzielt einen adäquaten architektonischen Ausdruck und ermöglicht auch gemeinschaftlichen Wohnraum. Die Abmessungen des neuen Baukörpers sind vergleichbar mit denjenigen der Nachbarschaft. Der bestehende Pavillon begrenzt den Aussenraum auf der*

Ostseite. Der Pavillon enthält eine Studiowohnung, ein Aussenlager und einen gedeckten Sitzplatz mit Aussenküche. Er ist zur Wiese hin offen und ist ein Ort gemeinschaftlicher Begegnung. Der neue fünfgeschossige Bau wird über einen nordseitigen Laubengang erschlossen. Die Wohnungen befinden sich in den ersten vier Geschossen und es sind Familien- sowie Clusterwohnungen angedacht. Das fünfte Geschoss hat einen gemeinschaftlichen Raum, der sich für eine Vielzahl von möglichen Nutzungen eignet. Der Aussenraum wird von den Bewohnenden bewirtschaftet und mitgestaltet und das Ziel ist der Anbau und die Pflege von Gemüse, Kräutern, Obst und Blumen in einem Gemeinschaftsgarten. Die GRPK hat das Geschäft geprüft und dank dem ausführlichen Bericht sowie der Präsentation von Andreas Stoll sind viele Fragen bereits im Vorfeld geklärt worden. An dieser Stelle besten Dank der Verwaltung und dem Stadtrat. Der Gestaltungsplan ist stimmig und ist seitens GRPK einstimmig angenommen worden. Wir empfehlen daher dem Gemeinderat ebenfalls, diesem Gestaltungsplan zuzustimmen.

Ratspräsident, Philip Graf: Gibt es weitere Wortmeldungen aus der GRPK? Das ist nicht der Fall. Gibt es Wortmeldungen aus dem Stadtrat? Auch das ist nicht der Fall. Gibt es Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Das Wort hat Anita Egg, SP.

SP-Fraktion, Anita Egg: Es freut mich besonders, dieses Projekt, da es gemeinschaftliches und generationengemischtes Wohnen fördert und auch der oberste Stock, also die Terrasse, die für alle da ist und genutzt werden kann. Und was auch noch wichtig ist, dank einem Mobilitätskonzept gibt es keine Tiefgarage. Die Leute, die dort wohnen werden, werden eigentlich kein Auto haben. Die Lage und das Volumen des Gebäudes ist so, dass die Gemeinschaftsgärten erhalten bleiben. Es ist auch die Idee, dass die Leute, die dort wohnen, in den Gemeinschaftsgärten mitarbeiten und mitgestalten. Auch die Wiese, auf welcher all diese Veranstaltungen jetzt schon sind, Geschichten im Park, Begegnungsfest und so weiter, diese Wiese ist immer noch gross genug, dass man das alles machen kann. Ich denke, wer dorthin zieht und in der Rossweid wohnt, der bleibt nachher auch in Kloten. Was mich persönlich speziell freut, ist, dass die Besitzerin eine Tradition weiterlebt, welche ihr Vater, Hans Hegner, langjähriger SVP Stadtrat, in den 70er Jahren schon gestartet hat. Er hat nämlich sein Elternhaus damals einer Gruppe von jungen Leuten vermietet. Das war diese Bauernhaus WG, die viel Klatsch-Stoff lieferte für das Dorf – all diese Fantasien, was in einer solchen WG passiert. Sogar eine Postkarte, adressiert an Bauernhaus WG, 8302 Kloten, kam damals an an der Dorfstrasse 61. Schlussendlich hat es sich nur um eine damals neue Wohnform gehandelt, die bis heute gefragt ist. Darum finde ich es schön, dass es weitergeht mit gemeinschaftlichem Wohnen und neuen Wohnformen. Vielen Dank fürs Zuhören. Und für die Zustimmung.

Philip Graf, Gemeinderatspräsident: Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Das ist nicht der Fall. Kommen wir zur Abstimmung. Ich stelle Einstimmigkeit fest.

3.12.2024 Beschluss Nr. 100-2024 Vorlage 9306; Budget 2025 / Finanzplanung 2024-2028; Budget und Steuerfuss 2025

9.0.2 Budget

Budget 2025 / Finanzplanung 2024-2028

Antrag Stadtrat:

Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat folgende Beschlüsse:

1. Das Budget 2025 der Politischen Gemeinde Kloten wird genehmigt.

Erfolgsrechnung	Gesamtaufwand	Fr.	249'414'454
	Gesamtertrag	Fr.	250'346'038
	Ertragsüberschuss	Fr.	931'584
Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	Ausgaben Verwaltungsvermögen	Fr.	58'445'298
	Einnahmen Verwaltungsvermögen	Fr.	317'276
	Nettoinvestitionen Verwaltungsvermögen	Fr.	58'128'022
Investitionsrechnung Finanzvermögen	Ausgaben Finanzvermögen	Fr.	1'580'000
	Einnahmen Finanzvermögen	Fr.	-
	Nettoinvestitionen Finanzvermögen	Fr.	1'580'000

2. Der Steuerfuss wird auf 98 % (Vorjahr 103 %) des einfachen Gemeindesteuerertrags festgesetzt.

Einfacher Gemeindesteuerertrag (100 %)	Fr.	135'500'000
Steuerfuss		98%
Erfolgsrechnung	Zu deckender Aufwandüberschuss	Fr. 131'858'416
	Steuerertrag bei 103%	Fr. 132'790'000
	Ertragsüberschuss	Fr. 931'584
Der Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung wird dem Bilanzüberschuss/-fehlbetrag zugewiesen.		

Beschluss Gemeinderat:

Gestützt auf den Antrag des Stadtrats vom 03. Oktober 2024 (Beschluss 267-2024), auf Art. 19 Abs. 1 lit. a) und b) der Gemeindeordnung, den Antrag der GRPK und die Diskussion im Rat beschliesst der Gemeinderat:

- Das Budget der Stadt Kloten für das Jahr 2025, bestehend aus Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung, wird mit den folgenden Änderungen, über die einzeln und z.T. in Sammelanträgen abgestimmt wurde, mit 22 Ja- gegen 1 Nein-Stimme bei 5 Enthaltungen genehmigt:

ER 427500 / 369000 Korrektur Gemeindeanteil an ZSO Hardwald, Fr. 9'311

ER 623051 / 313000 Umgliederung, Projekt Zauberpark, Fr. 10'000

ER 728010 / 313000 Umgliederung, Projekt Zauberpark, Fr. -10'000

ER 521040 / 313000 Streichung Transformation Steinacker, Fr. 100'000

ER 521040 / 313000 Streichung Verkehrsmonitoring, Fr. 30'000

ER 521040 / 313000 Streichung Umsetzung Aufträge kommunaler Richtplan, Fr. 80'000

ER 521040 / 313000 Streichung Projekt Schulhaus Steinacker, Fr. 100'000

ER 623132 / 311100 Korrektur, Fr. 87'500

ER 921000 / 389400 Höhere Einlage in die finanzpolitische Reserve (Eigenkapital), Fr. -4'000'000

ER 724010 / 424000 Korrektur Weiterverrechnung 1/2 Kapo-Abgeltung, Fr. 20'000

ER 323000 / 400000 Steuern Rechnungsjahr, natürliche Personen, Einkommenssteuer, Steuerfuss 100% Fr. 742'000

ER 323000 / 400100 Steuern Rechnungsjahr, natürliche Personen, Vermögenssteuern, Steuerfuss 100%, Fr. 82'000

ER 323000 / 401000 Steuern Rechnungsjahr, juristische Personen, Gewinnsteuern, Steuerfuss 100% Fr. 1'752'000

ER 323000 / 401100 Steuern Rechnungsjahr, juristische Personen, Kapitalsteuern, Steuerfuss 100% Fr. 134'000

IR 3405030118 Streichung Eissportzentrum, Produktionsküche HALLE, Projektierungskredit Fr. 100'000

2. Nach diesen Änderungen stellen sich Gesamtaufwand und –ertrag wie folgt dar:

Gesamtaufwand	Fr.	253'007'643
Gesamtertrag	Fr.	253'076'038
Ertragsüberschuss	Fr.	68'395
Ausgaben Verwaltungsvermögen	Fr.	58'345'298
Einnahmen Verwaltungsvermögen	Fr.	317'276
Nettoinvestitionen Verwaltungsvermögen	Fr.	58'028'022
Ausgaben Finanzvermögen	Fr.	1'580'000
Einnahmen Finanzvermögen	Fr.	-
Nettoinvestitionen Finanzvermögen	Fr.	1'580'000

3. Der mutmassliche Netto-Gemeindesteuerertrag zu 100% wird auf CHF 135'500'000 festgesetzt.

4. Die Abstimmung über den Steuerfuss fand unter Namensaufruf statt. Die Gemeinderätinnen und – räte stimmten über den Antrag des Stadtrates (Steuerfuss 98%) gegenüber dem Antrag der GRPK (Steuerfuss 100%). Für den Antrag des Stadtrates stimmten Brunner Marco (SVP), Brunner Urs (SVP), Chambettaz Dominique (Die Mitte), Eberhard Sandra (SVP), Eberhard Silvan (SVP), Körner Daniel (FDP), Morf Eliane (SVP), Morf Ueli (SVP), Murati-Bader Jennifer (Die Mitte), Ruosch Florian (SVP), Schneider Thomas (SVP), Trachsel Christian (SVP), Walt Pascal (Die Mitte). Für den Antrag der GRPK stimmten Dagli Erkam (FDP), Diaz Diana (Grüne), Dieng Brian (GLP), Egg Anita (SP), Graf Philip (SP), Hildebrand Maja (SP), Horvath Bertalan (EVP), Käser André (GLP), Nabholz Peter (FDP), Schindler Reto (Grüne), Schmid Hansjürg (FDP), Sommer Sigi (SP), Töpfer Max (SP), Walt Roman (GLP), Woodhatch Tania (EVP). Abwesend waren 4 Ratsmitglieder. Mit 15 zu 13 Stimmen obsiegte der Antrag der GRPK.
5. Der Steuerfuss wird auf 100% festgesetzt.

Wortmeldungen

Ratspräsident Philip Graf: *Kommen wir zum nächsten Traktandum, Vorlage 9306, Genehmigung Budget 2025 und Festsetzung Steuerfuss 2025. Mit dem Beschluss 295-2024 vom 22. Oktober 2024 beantragt der Stadtrat dem Gemeinderat, das Budget 2025 der politischen Gemeinde Kloten zu genehmigen und den Steuerfuss auf 98%, im Vorjahr war er 103%, vom einfachen Gemeindesteuerertrag festzusetzen. Der Ablauf der Debatte sieht wie folgt aus. Wir starten mit der Grundsatzdebatte, dann kommt die Einzelberatung des Budget 2025, dann kommt die Steuerfussdebatte. Dann die Bereinigung des Steuerfusses, dann die Schlussabstimmung zum Steuerfuss 2025. Dann kommen wir zum Rückkommen. Hier kann noch mal auf Sachen zurückgekommen werden, die man vor der Steuerfussdebatte in der Einzelberatung des Budgets bestimmt hat, dies nochmals als kleiner Hinweis. Und am Schluss Schlussabstimmung über das Budget 2025. Starten wir mit der Grundsatzdebatte. Die sieht wie folgt aus: Zuerst hat der Präsident der GRPK, Peter Nabholz, das Wort, dann gäbe es weitere Wortmeldungen aus der GRPK, dann Wortmeldungen aus dem Stadtrat und dann Wortmeldungen von den Ratsmitgliedern. Das Wort hat Peter Nabholz, GRPK-Präsident.*

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission GRPK, Peter Nabholz:

Das Klotener Budget 2025 zeigt in der vom Stadtrat beschlossenen Fassung, der möglichen Anpassung der GRPK, einen Ertragsüberschuss von 931'584 Franken inklusive einer Einlage in die finanzpolitische Reserve von 4'000'000 Franken. Darum gilt es auch dieses Jahr, eine nachhaltige und stabile Steuerbelastung anzustreben. Was nachhaltig und stabil heisst, wird in der Steuerdebatte zu vernehmen sein, denn wir haben in der GRPK diesmal unterschiedliche Ansichten, welche es gegenseitig zu respektieren gilt. Der Stadtrat hat das Budget 25 der politischen Gemeinde Kloten am 3. Oktober 2024 genehmigt. Der Gesamtaufwand des vom Stadtrat genehmigten Budgets beträgt 249'414'454 Franken und im Gesamtertrag 250'346'038 Franken. Damit resultiert ein Ertragsüberschuss von 931'584 Franken. Die Grundlage davon sind 98% Steuerfuss und Einlage von 4'000'000 in die finanzpolitische Reserve. Das von der Mehrheit der GRPK präsentierte geänderte Budget 2025, weist informativ die folgenden Eckdaten aus. Der Gesamtaufwand ist 253'007'643 Franken, der Gesamtertrag ist bei 253'076'038 und ein Ertragsüberschuss von 68'395. Grundlage sind 100% und die Einlage wären dort 8'000'000 in die finanzpolitischen Reserven. Die geplanten Nettoinvestitionen für das Budget 2025 steigern sich auf die Höhe 58'128'022. Im Vergleich zum letzten Jahr erhöhen sich diese um 11%. Die geplanten Nettoinvestitionen ins Finanzvermögen steigern sich auf 1,58 Millionen und somit um 93%. Die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission unterstützt den Stadtrat, weil er weiter an seiner langfristigen Strategie zum Erhalt der Substanz in der öffentlichen Infrastruktur, welche uns besonders im Zentrum Schluefweg und im Schulhausbau beim Nägi weiterhin begleiten werden. Wenn die Gesamtausgaben

von allen Investitionen, es werden vom Stadtrat nur diejenigen mit der Prioritätsstufe 1 genannt, die Wichtigsten, im Budget 2025 über die nächsten Jahre angeschaut wird, also nach Abzug der Kosten durch das Nein im Steinacker für das geplante Schulprovisorium einerseits und dem geplanten Neubau des Schulhauses Steinacker andererseits, dann resultiert ein Betrag von circa 360 Millionen Franken. Im Vergleich zum letzten Jahr, wo dort in der Prio eins 271 Millionen gestanden sind. Also über 30% mehr, welche wir über die nächsten Jahre stemmen müssen. Die grössten Projekte daraus sind der der geplante Neubau der Energiezentrale und der geplanten Erweiterung der Schwimmhalle im Zentrum Schluefweg von momentan budgetierten 122 Millionen, die allfällig in den Rat kommt, gefolgt vom im Bau befindlichen Schulhaus Nägi, mit im Moment budgetierten 88 Millionen, dann auch die Energieversorgung im Pflegezentrum und Schulhaus Spitz von annähernd 30 Millionen. Im Pflegezentrum selber ist auch noch ein Erweiterungsbau budgetiert von knapp 11 Millionen. Weitere grosse Investitionen sind in einem Gesamtrahmenkredit von 14,2 Millionen für die Strassensanierung, die Anpassung für die Glattalbahn bezüglich Strassenanpassung und am Stadtplatz, der Bahnhofstrasse und der Marktgasse von 5,6 Millionen und der geplanten neuen Bahnhofunterführung von 5,3 Millionen, um nur die grössten zu nennen. Zu den Stellenanpassungen: Es sind auch wieder, wie in den letzten beiden Jahren, zahlreiche Stellenanpassungen in diesem Budget vorgenommen worden und werden den Personalaufwand deutlich erhöhen und zwar um mehr als 20 Vollzeitstellen. Ich verzichte an dieser Stelle diesmal darauf, in die Details der verschiedenen Kategorien hinabzusteigen, wie letztes Jahr, damit wir genug Zeit haben für die Steuerfussdebatte. Allen Mitgliedern der GRPK ist es wichtig, ein möglichst reales Abbild im Budget einfließen zu lassen. Darum habe ich mit dem einstimmigen OK von den Kolleginnen und Kollegen von der GRPK den Stadtrat während dem Budgetprozess der GRPK angefragt, wie sich das Budget bei einem Nein zum Steinacker verändert. Diese Frage hat auch der Cockpitverantwortliche Marco Brunner im Cockpit 52 bereits gestellt. Der Stadtrat hat zusammen mit der GRPK die diversen Positionen im Budget herausgefiltert und jede einzelne Position auch besprochen. Nach dem Nein haben wir diese Punkte jetzt als Streichungsanträge eingebracht, da sie im Jahr 2025 nicht benötigt werden. Es sind viele Fragen gestellt worden, welche die Cockpitverantwortlichen der GRPK zuerst, wenn immer es möglich ist, selber beantwortet haben, wenn wir in der Kommission Details zu den einzelnen Cockpitpositionen haben. Erst nachher sind die Fragen an die Stadt gestellt worden und wenn möglich auch direkt den Stadträtinnen und Stadträten und den Bereichsleiterinnen und Bereichsleitern persönlich und vor Ort besprochen. Am Schluss haben die Stadträtinnen und Stadträte noch die Gelegenheit dazu gehabt, die geplanten Änderungen mit den Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission in diesem Jahr bei zwei gemeinsamen Terminen zu erklären, damit letzte Unsicherheiten oder Missverständnisse ausgeräumt werden konnten. Die gesammelten Anträge der GRPK werden meine Kolleginnen und Kollegen in den folgenden Einzelberatungen einbringen. Die Änderungen sind zum Teil Fehler, zum Teil Korrekturen, zur Hauptsache aber auch wegfallende Kosten aufgrund des erwähnten Nein zum Transformationsgebiet Steinacker. Damit möchte ich mich an dieser Stelle recht herzlich bei meinen Kolleginnen und Kollegen von der GRPK für ihren Einsatz bedanken. Ich möchte auch besonders bei uns Diana Diaz begrüßen, die neu bei uns ist und sich heute bereits einbringt. Herzlich willkommen. Ich bedanke mich an dieser Stelle auch bei allen Stadträtinnen und Stadträten, der Geschäftsleitung und der Verwaltung für ein transparentes Budget. Wo die offene und doch oft sachliche Kommunikation untereinander und im guten Austausch mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus der GRPK, die in diesen diversen Cookies Fragen gestellt haben, welche sie erörtern. Und auch natürlich bei allen Fraktionen, die ihre Fragen eingebracht haben. Die GRPK ist sich inhaltlich beim Budget 25, ich wiederhole beim Budget 25, einig. Nur beim Steuerfuss gehen die Meinungen auseinander. Diese werden wir im nächsten und übernächsten Traktandum ansprechen. Ich wünsche uns allen eine erfolgreiche und faire Budgetdebatte. Besten Dank.

Ratspräsident, Philip Graf: Gibt es weitere Wortmeldungen aus der GRPK? Das ist nicht der Fall. Gibt es Wortmeldungen aus dem Stadtrat? Das Wort hat Stadtrat Mark Wisskirchen.

Stadtrat Mark Wisskirchen: Ich glaube, heute Abend machen wir es einfach, dass ich am Anfang sprechen darf und nicht am Schluss noch ein Votum abgeben darf. Ich denke, wir kommen so oder so heute zu einem erfolgreichen Abschluss der Budgetdebatte, so wie es aussieht. Und ich danke der GRPK auch an dieser Stelle für ihre akribische Arbeit, die sie durchgeführt hat. Wir sind, glaube ich, alle zu einem ähnlichen Resultat gekommen um eine nachhaltige und kontinuierliche Finanzstrategie umzusetzen an diesem heutigen Abend. Und deshalb kann ich ganz gespannt schauen, welcher Ansatz sich heute Abend durchsetzen wird. Das wird dann auch Auswirkungen haben, vor allem wenn es dann um den Steuerfuss geht, der so oder so irgendwo gesenkt wird, was sich dann auswirkt auf die finanzpolitische Reserveeinlage, welcher obsiegt und wieviel wir dort einlegen können. Also zum Voraus schon besten Dank für die Debatte heute Abend.

SP-Fraktion, Max Töpfer: Die Rechnungsabschlüsse der letzten Jahre zeigen eines deutlich, Kloten steht finanziell gesund da. Trotz Corona wiesen die Rechnungen seit 2019 summa summarum Ertragsüberschüsse von rund 65'000'000 Franken aus. Das ist erfreulich, denn es bedeutet vor allem, dass es den Unternehmen, von denen ein Grossteil des Fiskalertrags stammt, gut geht und dass sie prosperieren. Angesichts der guten Steuererträge kann ich sehr gut nachvollziehen, dass gewisse Begehrlichkeiten da sind, den aktuellen Steuerfuss in Frage zu stellen. Die SP hat sich darum das Budget und die Finanzplanung sehr genau angeschaut. Wir danken an dieser Stelle besonders Mark Wisskirchen und Ruedi Ulli, dass sie uns in der Fraktion Rede und Antwort gestanden sind. Wer auf die kommenden Jahre blickt, der sieht, dass Kloten vor gewaltigen Herausforderungen steht. Die Finanzplanung sieht Investitionen von mehr als 300'000'000 Franken vor. Allein im vorliegenden Budget 2025 werden rund 57'000'000 Franken in die öffentliche Infrastruktur investiert, das sind 10'000'000 Franken mehr als noch im Budget 2024. Gleichzeitig wird Kloten auch ohne Steinackerquartier weiter wachsen. So rechnet die Schule Kloten beispielsweise mit 25% mehr Schülerinnen in den nächsten 15 Jahren. Auch müssen, trotz dem abgelehnten Richtplan, Massnahmen für ein gesundes und angenehmes Stadtklima sowie einen attraktiven öffentlichen Raum getroffen werden. Nachdem uns durch die verlorene Abstimmung vor anderthalb Wochen 125'000'000 Franken im Mehrwertausgleichsfonds entgangen sind, belasten solche Massnahmen den ordentlichen Finanzhaushalt noch stärker. Gleichzeitig hat der Kantonsrat vor wenigen Wochen eine Senkung der Gewinnsteuer bei juristischen Personen beschlossen. Ich bin zwar überzeugt, dass wir das Referendum gewinnen werden und damit den Steuerbeschluss der Rechten verhindern. Nichtsdestotrotz bedeutet ein allfälliges Volks-Ja Millionenausfälle für Kloten. So wären der Stadt, wäre die Reform schon 2023 in Kraft gewesen, mehr als 8'000'000 Franken entgangen. Trotz gesunder Finanzen in den vergangenen Jahren, werden diese Menge an Herausforderungen unsere Finanzplanung stark belasten. Nur schon mit dem aktuellen Steuerfuss von 103% wandelt sich unser Nettovermögen bis 2028 in eine Nettoschuld um. Der Selbstfinanzierungsgrad unserer Investitionen sinkt signifikant und die Fremdverschuldung der Stadt nimmt voraussichtlich stark zu. Angesichts dieser Ausgangslage ist eine Reduktion des Steuerfusses eigentlich nicht angezeigt. Die SP hat darum wenig Verständnis für den Stadtrat, der mit seinem Antrag der populistischen Forderung der SVP nachgegeben hat. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für eine verantwortungsvolle Finanz und Budgetpolitik. Für uns bedeutet das, dass die Stadt wie geplant in die öffentliche Infrastruktur investiert, ohne dass Vorhaben zurückgestellt werden. Einen Investitionsstau können wir uns nicht leisten. Gleichzeitig werden wir es nicht hinnehmen, den Steuerfuss zu reduzieren, damit später, wenn die Kassen klamm sind, der Service Public durch die Rechten hier im Rat abgebaut werden kann. Die Leistungsüberprüfung 21 mit Massnahmen wie der Streichung von Schneesportlagern ist uns nur schmerzhaft in Erinnerung geblieben. Nichtsdestotrotz wird die SP heute dem Kompromissvorschlag der GRPK für ein Steuerfuss von 100% zustimmen. Nicht aus Überzeugung, sondern weil es am Ende das kleinere Übel sein wird. Gegenüber dem Antrag des Stadtrats bedeutet ein Steuerfuss von 100% einen höheren Selbstfinanzierungsgrad, 36% im 2025, und damit auch zukünftig eine tiefere Fremdverschuldung der Stadt. Mit dem leicht höheren Ertragsüberschuss wird die finanzpolitische Reserve aufgefüllt, damit der Stadt auch mehr Geld für schlechtere Zeiten zur Verfügung steht. Unter der Voraussetzung, dass der Gemeinderat dem Mehrheitsantrag der GRPK folgt, wird die SP

auch das Budget 2025 unterstützen. Zwei positive Punkte aus dem Budget möchte die SP besonders hervorheben. Im Bereich der Schule soll eine professionelle Geschäftsleitung eingeführt werden, was die SP ausdrücklich begrüsst. Die neue Geschäftsleitung wird den Bereichsleiter Bildung merklich entlasten. Gerade auch mit Blick auf die wachsende Zahl an Schülerinnen, kann damit auch die Qualität in unserer Schule gestärkt werden. Ein zweiter positiver Punkt ist, dass, nachdem der Gemeinderat im November ja gesagt hat zur neuen Stelle einer Fachperson Kultur, 2025 die Stelle auch wirklich geschaffen wird und die ersten kantonalen Fördermittel fliessen. Das ist ein Entscheid, den wir sehr begrüssen, da damit auch das reichhaltige Kulturangebot in unserer Stadt gefördert wird. Die SP wird mit wenigen Ausnahmen die Änderungsanträge der GRPK unterstützen. Zur Produktionsküche in der Eishalle wird meine Fraktionskollegin Sigi nachher noch etwas sagen. Ich möchte an dieser Stelle noch Bezug nehmen auf die Anträge zur Streichung der Gelder für die Umsetzung von Richtplanmassnahmen. Es ist leider eine enttäuschende Tatsache, dass der fortschrittliche Richtplan abgelehnt wurde. Nichtsdestotrotz ist die SP der Ansicht, dass gerade die Massnahmen zur Verbesserung des Stadtklimas und das Verkehrsmonitoring auch ohne Richtplan für die Entwicklung unserer Stadt von Relevanz sind und daher eigentlich keinen Aufschub dulden. Wir werden darum die beiden Kürzungsanträge der GRPK nicht unterstützen, um zu zeigen, dass diese Themen von der Verwaltung weiter verfolgt werden sollen. Vielen Dank.

GLP-Fraktion, Roman Walt: Im Namen der GLP-Fraktion bedanke ich mich ganz herzlich beim Stadtrat und der Verwaltung für die saubere Ausarbeitung des Budgets 2025 und die Beantwortung der zahlreichen Fragen der GRPK, aber auch von uns von der Fraktion. Wie schon im letzten Jahr ist das Budget aus unserer Sicht klar nachvollziehbar und begründet aufgebaut. Die höheren Ausgaben, wir haben es zum Teil schon gehört, beispielsweise aufgrund von nötigen Aufstockungen beim Personal oder auch bei der Schule, waren grösstenteils schon länger angekündigt. Wir konnten dazu Informationen einholen und sie wurden auch ausführlich begründet. So wie das bei anderen Abweichungen im Budget grösstenteils ebenfalls gemacht wurde. Das Resultat: Einmal mehr haben wir mit Ausnahme von ein paar wenigen, eher technischen Anträgen der GRPK und einigen Anträgen, die sich auf die Steuerfussdebatte beziehen oder mit dieser zusammenhängen, keine weiteren Anträge zu beraten. Erfreulicherweise zeigt sich auch die Einnahmeseite weiterhin positiv, weshalb die Mehraufwände gut aufgefangen werden können und wir dieses Jahr, der Finanzvorsteher hat es gesagt, nochmals einen wichtigen, grossen Schritt bei der finanzpolitischen Reserve machen können. Kloten steht, wir haben es auch schon vorher gehört, Stand heute, gut da. Auf der Ausgabenseite, und auch das haben wir gehört, sehen wir uns mit einigen Herausforderungen konfrontiert, auch wenn wir diese nächstes Jahr und übernächstes Jahr vermutlich noch nicht allzu sehr zu spüren bekommen. Das hohe Investitionsvolumen, die höheren Anforderungen und Aufgaben an und in unserer Gemeinde unter den Stichworten Verdichtung, Partizipation, Verkehr, Werterhaltung Infrastruktur, Klimawandel und Biodiversität, Wohnraum, soziale Ungerechtigkeit, Ungleichheit und sozialer Zusammenhalt und, ihr kennt das von unseren Wortmeldungen zum Budget der letzten Jahre, die hohe Abhängigkeit vom wirtschaftlichen Erfolg des Flughafen und von den Fluggesellschaften sowie flughafennahen Betrieb beeinflussen und oder belasten, je nach Perspektive, unsere Finanzplanung der nächsten Jahre und Jahrzehnte. Die Aufgaben für unsere Gemeinde werden nicht weniger, sie werden mehr und dabei ist ein Grossteil dieser Anforderungen und Aufgaben uns gesetzlich auferlegt. Nur in einem geringen Teil haben wir aus einer finanziellen Perspektive gesehen Handlungsspielraum, der diese Bezeichnung auch verdient. Und auch wenn wir als Stadtrat, Gemeinderat, als "die Politik" von Kloten, vor zwei Wochen eine Niederlage haben einstecken müssen, so dürfen wir uns doch nicht davon verabschieden, eine zukunftsorientierte, langfristig und nachhaltig angelegte Politik für unsere Gemeinde zu machen und zu versuchen, die besten Lösungen zu finden. Wie so häufig, wenn man nach so Lösungen sucht, wird es ein Kompromiss sein, ein Mittelweg, den wir uns vielleicht hart erarbeiten müssen. Den wir erklären müssen und der halt häufig auch ein bisschen etwas kosten wird. Sich in dieser politischen Arbeit einfach nur einen Aspekt herauszupicken, und das wird heute der Steuerfuss sein, und diesem Aspekt alles unterzuordnen, kann zwar einfach und überzeugend

wirken und kurzfristig bei der Bevölkerung zu einem Wohlbefinden führen, wird aber mittel- bis langfristig zu Problemen führen, die vielleicht nicht uns, sei es jetzt da im Rat oder als Bevölkerung, belasten werden, sondern die nächsten Generationen. Das betrifft aber eigentlich die Steuerfussdebatte, auch wenn man nach dem Votum vom Max Töpfer da irgendwie schon voll drin sind. Wir kümmern uns jetzt aber zuerst mal ums Budget und in erster Linie um die nächsten zwölf Monate. Die GLP bedankt sich ganz herzlich noch einmal bei allen Beteiligten für die Ausarbeitung und Prüfung des Budgets. Die GLP wird alle Anträge von der GRPK zum Budget unterstützen. Zum Steuerfuss werde ich mich dann später nochmals melden. Vielen Dank.

Grüne-Fraktion, Diana Diaz: Wir von den Grünen halten es kurz. Wir bedanken uns ganz herzlich beim Stadtrat und bei den Verwaltungsbehörden für das ausgearbeitete Budget und danken auch der GRPK für die sorgfältige Prüfung. Bei den meisten Änderungsanträgen handelt es sich wie schon gesagt, um Korrekturen und diesen Anträgen werden wir selbstverständlich allen zustimmen. Was uns ein bisschen mehr Sorge bereitet, ist der Vorschlag vom Stadtrat, auf eine Steuerfussenkung von 5%. Aber dazu werden wir uns nachher bei der anschliessenden Steuerfussdebatte ausführlicher äussern.

Mitte-Fraktion, Pascal Walt: Das Budget 2025 überschlägt sich mit Superlativen, mit rekordhohen Gesamtaufwänden, aber auch Erträgen von einer Viertelmilliarde Franken, einem noch nie dagewesenen Investitionsvolumen von rund 60'000'000 Franken und gleichzeitig einer noblen Steuersenkung von 5%. Und damit soll noch immer ein Gewinn von rund einer 1'000'000 liegen bleiben. Meine Damen und Herren, das ist der berühmte Fünfer und s'Weggli. Aber so etwas muss man doch kritisch hinterfragen, oder? Genau das haben die beteiligten Finanzfachleute nicht nur für 2025, sondern auch zukunftsgerichtet für die ganze Finanzplanung 2028 gemacht und die Machbarkeit des Budgets aus heutigem Wissensstand bestätigt. Die Mitte Fraktion bedankt sich darum ganz herzlich beim Stadtrat und allen Beteiligten für das Ausarbeiten des Budgets. Politisch stellt sich jetzt aber noch die Frage, wie viele Steuerprozente wollen wir zugunsten der Bevölkerung oder den Reserven bilden? Und üblicherweise plant ja, ein bisschen ketzerisch gesagt, der Stadtrat ein bisschen defensiv. Also könnte man theoretisch einen tieferen Steuersatz machen. Antworten dazu bekommen wir nachher in der Steuerfussdebatte. In der anschliessenden Detailberatung des Budgets werden wir natürlich die Korrekturen aus der GRPK an die heutige Realität unterstützen und bei den anderen Anträgen lassen wir den Spannungsbogen offen.

FDP-Fraktion, Erkam Dagli: Ich versuche, es noch kürzer zu machen als Diana Diaz. Die FDP Fraktion möchte sich bei allen, die zum vorliegenden Budget beigetragen haben, bedanken. Der Dank gilt allen voran der Verwaltung, aber auch unserer GRPK, die sich jedes Jahr unermüdlich reinarbeitet, nachhakt und auch Verständnis schafft. Die FDP Fraktion wird die vorliegende GRPK-Anträge annehmen und dem Budget zustimmen. Die SVP-Anträge werden wir eventualiter hier annehmen und weitere Ausführungen zum Steuerfuss mache ich dann gerne in der Steuerfuss-Debatte. Danke.

SVP-Fraktion, Marco Brunner: Ich halte mich ebenfalls kurz. Wir können dann beim Steuerfuss darüber diskutieren. Es haben mich aber doch noch zwei Sachen bewogen, nach vorne zu gehen. Einerseits um Danke zu sagen an die Stadt und die Verwaltung, beziehungsweise Stadtrat und Verwaltung, für die Ausarbeitung von diesem "Föifer und Weggli", das wir jetzt hier vor uns haben. Ebenfalls auch an alle von euch, die sich jetzt hier über einen Monat lang drüber gebeugt haben, Mails geschrieben haben, angerufen haben. Ich habe glaube, ich habe noch nie so viele Mails und Telefone gehabt für so ein Budget. Wir werden alle Anträge der GRPK unterstützen, ausser logischerweise der Einlage in die Reserven sowie die Steuerfussanpassung, zustimmen. Der zweite Grund, weshalb ich nach hier vorne gekommen bin, bist du, Max. Ja, ich habe euch auch als Populisten bezeichnet, ich möchte dort aber noch die Randbemerkung machen, dass ich dort einen Ordnungsruf bekommen habe von einem SVP-Ratspräsidenten. Anscheinend ist bei der SP die Ordnung ein wenig anders. Bezüglich deiner Angst wegen dem Service Public kann ich dir

sagen, mit einer Erhöhung um 2000 Stellenprozente muss man glaube ich nicht Angst haben, dass der Weg der Stadtverwaltung jemals gegen unten zeigen wird. Auch mit einer Steuersenkung von 5% wären, das haben wir gerechnet, der Service Public sowie auch Nettoinvestitionen geregelt, besten Dank.

Ratspräsident, Philip Graf: Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Das ist nicht der Fall. Dann kämen wir jetzt zur Einzelberatung des Budgets. Von der GRPK sind insgesamt 11 Änderungsanträge eingereicht worden, sowie vier Änderungsanträge, die sich aus der Festsetzung des Steuerfusses ergeben. Ein GRPK-Minderheit hat einen Antrag eingereicht, ebenfalls zum Steuerfuss. Ebenso ist ein Antrag von der SVP eingereicht worden. Gibt es neben diesen bereits genannten Anträgen noch weitere Anträge, von welchen wir aus der Ratsleitung jetzt noch nicht wissen? Das ist nicht der Fall. Die Detailberatung der Anträge erfolgt, ausser bei den Sammelanträgen, in der Reihenfolge der GRPK-Anträge. Es liegen somit 17 Anträge vor. Die Reihenfolge der Worterteilung wird folgendermassen ablaufen: Zuerst die Antragstellenden, dann die GRPK-Mitglieder, dann der Stadtrat und dann die übrigen Ratsmitglieder. Gemäss Artikel 72 Abstimmungsverfahren aus dem Geschäftsreglement vom Gemeinderat kann gemäss Absatz 3 bei der Detailberatung einer Vorlage auf die Abstimmung verzichtet werden, wenn ein Antrag unbestritten ist und kein Gegenantrag erfolgt. Der Antrag gilt dann als beschlossen. Sonst wird über die Anträge, ausser natürlich bei den Sammelanträgen, einzeln abgestimmt. Kommen wir zu den Anträgen. Zuerst der Antrag betreffend Kostenstelle ER 427500/369000 Korrektur Gemeindeanteil an ZSO Hardwald. Darf ich die entsprechende Person aus der GRPK nach vorne bitten.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission GRPK, Diana Diaz: Der Änderungsantrag betrifft die Sachgruppe 42, Einwohnerdienst und Soziales und spezifisch das Konto 427500/369000, Bevölkerungs- und Zivilschutz, übriger Transferaufwand. Da hat es eine Anpassung des Gemeindeanteils an die Zivilschutzorganisation ZSO Hardwald gegeben. Die Anpassung wurde aber nur in einem Konto gemacht, und zwar im Konto 424600/469000, ZSO Hardwald, übriger Transferaufwand. Damit die beiden Konten wieder übereinstimmen, braucht es eine Aufwandminderung von 9'311 Franken. Darum stellt die GRPK diesen Antrag und empfiehlt ihn zur Annahme.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke, Diana Diaz. Gibt es weitere Wortmeldungen aus der GRPK? Gibt es Wortmeldungen aus dem Stadtrat? Gibt es Wortmeldungen aus dem Rat? Wenn es keine Wortmeldung gibt, nehme ich an, ist der Antrag unbestritten. Gibt es einen Antrag auf Abstimmung über den Antrag? Das ist nicht der Fall. Somit ist der Antrag beschlossen. Kommen wir zum ersten Sammelantrag, Projekt Zauberpark. Der betrifft sowohl die Kostenstelle ER 623051/313000 und ER 728010/313000. Darf ich die entsprechende Person aus der GRPK nach vorne bitten?

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission GRPK, Sandra Eberhard: Dieser Antrag aus der GRPK ist einstimmig. Es handelt sich um fünf Klassen, die in der Oberstufe im Nägelimoos ein Kulturprojekt im Unterricht erarbeiten für den Zauberpark, zusammen mit dem Projektverantwortlichen von eben diesem Zauberpark. Das beinhaltet neben den Kosten für das Projekt auch den Eintritt in den Zauberpark für die Schüler. Bei der Sachgruppe 72 hat es unter anderem im Bereich Kultur ebenfalls einen Betrag für die Eintritte von den Eltern dieser Kinder und den Kulturschaffenden. Mittel- und längerfristig soll diese Partnerschaft zwischen dem Zauberpark am Flughafen und der Stadt Kloten durch die städtische Kulturförderung gefestigt werden. Für uns ergibt sich daher ein direkter Zusammenhang mit dem Kulturprojekt Zauberpark, welches korrekterweise komplett aus Transparenzgründen im Bereich Kulturförderung abgebildet sein sollte. Daher beantragt die GRPK einstimmig die Streichung dieser 10'000 Franken aus der Sachgruppe 62 Bildung und Kind und dem Eingang dieses Betrages in die Sachgruppe 72.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke, Sandra Eberhard. Gibt es weitere Wortmeldungen aus der GRPK? Das ist nicht der Fall. Gibt es Wortmeldungen aus dem Stadtrat, das ist auch nicht der Fall. Gibt es Wortmeldungen aus dem Rat? Nein. Gibt es einen Antrag auf Abstimmung? Das ist auch nicht der Fall. In dem Fall gilt der Sammelantrag als beschlossen. Kommen wir zum nächsten Antrag betreffend Kostenstelle, ER 521040/313000, Streichung Transformation Steinacker Aufgrund des Ergebnisses der Volksabstimmung. Das Wort hat die entsprechende Person aus der GRPK.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission GRPK, Marco Brunner: Es sind vier Anträge im Sammelantrag, ihr seht es vorne. Die Kostenstelle 521040, Konto 3130, Streichung von 100'000 Franken, Begleitung Transformationsprozess. Ebenfalls im 3130 30'000 Franken Aufbau Verkehrsmonitoring. 80'000 Franken. Ebenfalls im 3130 Umsetzung der Hitzeminderung und Klimaanpassung und ebenfalls im 3130 Streichung von 100'000 Franken des Projektes Schulhaus Steinacker. Das ergibt im Sammelantrag eine Streichung von total 310'000 Franken. Die GRPK empfiehlt die Annahme.

Ratspräsident, Philip Graf: Wir stimmen aber jetzt bei diesen vier Anträgen separat ab. Einfach zur Info. Möchte sich jemand weiter aus der GRPK zum ersten Antrag, ich wiederhole noch einmal die Kostenstelle, ER 521040/313000, Streichung der Transformation Steinacker, möchte sich da noch jemand auf das GRPK melden? Das ist nicht der Fall. Gibt es Wortmeldungen aus dem Stadtrat? Das ist auch nicht der Fall. Gibt es Wortmeldungen aus dem Rat? Das ist auch nicht der Fall. Wird ein Antrag gestellt um darüber abzustimmen? Das ist auch nicht der Fall. In diesem Fall gilt dieser Streichungsantrag als beschlossen. Wir kommen zum nächsten Streichungsantrag ebenfalls betreffend Kostenstelle 521040/313000 Streichung des Verkehrsmonitorings. Gibt es nochmals eine Wortmeldung aus der GRPK? Gibt es Wortmeldungen aus dem Stadtrat? Gibt es Wortmeldungen aus dem Rat? Das Wort hat Max Töpfer, SP.

SP-Fraktion, Max Töpfer: Ich will eigentlich gar nicht viel sagen. Wir als SP sind eigentlich der Grund, warum jetzt einzeln abgestimmt wird, weil wir, wie ich vorher eigentlich schon im Grundsatzvotum angekündigt habe, nicht damit einverstanden sind, dass quasi die Beträge für das Verkehrsmonitoring und für die Umsetzung gewisser Aufträge aus dem kommunalen Richtplan, gestrichen werden. Wir finden, solche Massnahmen können auch unabhängig von einem existierenden Richtplan umgesetzt werden und die Massnahmen erachten wir als sehr wichtig für die zukünftige Entwicklung von Kloten. Das duldet keinen Aufschub und darum sind wir der Meinung, das Geld sollte eigentlich im Budget drinbleiben. Damit habe ich mich dann gerade noch zum nächsten Antrag geäussert.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke. Max Töpfer. Das Wort hat Peter Nabholz, FDP.

FDP-Fraktion, Peter Nabholz: [Die Wortmeldung konnte nicht protokolliert werden, da nicht über das Mikrofon gesprochen wurde.]

Ratspräsident, Philip Graf: Bitte das nächste Mal nach vorne kommen für das Mikrofon, damit es auch entsprechend protokolliert werden kann. Gut, in dem Fall, den neuen Umständen entsprechend, würden wir jetzt trotzdem als Sammelantrag über das Gesamte abstimmen. Hat irgendjemand im Rat etwas dagegen, dass man so vorgehen würde, auch wenn man vorher, über den ersten, Einzeln abgestimmt hat? Das ist nicht der Fall. Dann danke ich euch für die Flexibilität und dann nur die Frage: Ist überhaupt eine Abstimmung gewünscht zu diesem Sammelantrag? Ja, Maja Hildebrand, SP, wünscht eine Abstimmung. In dem Fall stimmen wir über den Sammelantrag ab. Wer dem Antrag zustimmen möchte, diesem Sammelantrag, der soll jetzt aufstehen. Wer dem Sammelantrag nicht zustimmen möchte, soll jetzt aufstehen. Wer sich enthalten möchte, der soll jetzt aufstehen. Ihr habt dem Sammelantrag mit 22 zu 1 Stimme bei 5 Enthaltungen zugestimmt. Kommen wir zum nächsten Antrag betreffend Kostenstelle ER 623132/311100 Korrektur Streichung Aufwand, da Abwicklung über Baukredit Darf ich der entsprechenden Person aus der GRPK das Wort erteilen?

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission GRPK, Sandra Eberhard: Bei diesem Posten handelt es sich um die Streichung von 87'500 Franken aus dem Budget. In den Abstimmungsunterlagen zur kommunalen Volksabstimmung Kreditgenehmigung Neubau Schulanlage Nägelimoos steht, dass die Ausstattung, die sich im Kostenvoranschlag und damit im Neubauprojekt befindet, sich aus dem Mobiliar und den IT-Geräten zusammensetzt. Auf Nachfrage der GRPK hat die Baukommission beschlossen, dass die Erstausrüstung Holz-/Metallwerkstatt, Mobiliar und IT-Geräte und die Schulküche über den Baukredit abgewickelt wird. Entsprechend kann die Position im Budgetantrag bei der Sekundarschule Nägelimoos gestrichen werden.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke, Sandra Eberhard. Gibt es weitere Wortmeldungen aus der GRPK? Das ist nicht der Fall. Gibt es Wortmeldungen aus dem Stadtrat? Das ist auch nicht der Fall. Gibt es Wortmeldungen aus dem Rat? Das ist auch nicht der Fall. Gibt es einen Antrag für eine Abstimmung? Ebenso nicht. In diesem Fall stimmt ihr diesem Antrag zu. Kommen wir zum nächsten Antrag betreffend Kostenstelle ER 921000/389400, höhere Einlage in die finanzpolitische Reserve, Eigenkapital, beim Steuerfuss von 100%. Darf ich der entsprechenden Person aus der GRPK das Wort erteilen?

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission GRPK, Maja Hildebrand: Die GRPK hat mit 5 zu 4 mehrheitlich dem Konto 921000/389400 den voraussichtlichen Mehrertrag von 4'000'000 zugewiesen bei einem Steuerertrag von 100%. Und jetzt kommt der Gegenvortrag.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke Maja Hildebrand. Genau. Es liegt noch ein Antrag zur gleichen Kostenstelle vor, ein Nachtrag der SVP. Darf ich der SVP das Wort erteilen?

SVP-Fraktion, Marco Brunner, SVP: Wir gehen davon aus, dass unser 98%-Antrag beziehungsweise der stadträtliche Antrag durchgeht. Dementsprechend gibt es dort eigentlich eine Veränderung aufgrund der Streichung in der Kostenstelle 52. Die zusätzlichen 310'000 Franken, die mit dem budgetierten Überschuss mit dem Steuerfuss 98% von 900'000 Franken, dementsprechend total 1,21 Millionen ergibt. Demzufolge auch eine zusätzliche Million in die finanzpolitische Reserve gebildet werden kann. Dementsprechend ist das eigentlich, aus unserer Sicht, ein Korrekturantrag auf den Antrag des stadträtlichen Budgets aufgrund unserer Streichung in 52. Besten Dank.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke Marco Brunner. Gibt es Wortmeldungen aus der GRPK? Gibt es Wortmeldungen aus dem Stadtrat? Gibt es Wortmeldungen aus dem Rat? Das Wort hat Roman Walt, GLP.

GLP-Fraktion, Roman Walt: Nicht inhaltlich, aber wir werden jetzt die beiden Anträge gegenüberstellen, nehme ich mal an, oder?

Ratspräsident, Philip Graf: Nein, wir haben das jetzt gerade diskutiert. Ich muss fairerweise sagen, wir haben es jetzt gerade erst diskutiert. Nein, wir werden beide zur Abstimmung bringen, aber jeweils vorbehaltlich Steuerfuss.

GLP-Fraktion, Roman Walt: Ok, dann einfach eine Korrektur, auch für das Publikum auf der Galerie. Der Antrag der SVP ist eine Korrektur um eine Million und nicht um fünf Millionen, wie auf der Folie steht. Das ist eine zusätzliche Million Abweichung zum Antrag des Stadtrates. Das heisst minus eine Million. Einfach, dass man das der Korrektheit halber protokolliert hat. Danke.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke Roman für die Korrektur.

GLP-Fraktion, Roman Walt: Ok. Mir geht es eigentlich rein um diese Folie. Der Antrag der GRPK ist zusätzliche vier Millionen in Abweichung zum Antrag des Stadtrates. Dann sind wir auf acht Millionen. Bei der SVP ist es eine Million zusätzlich, darum ist es eine Million Abweichung. Am Schluss wären acht Millionen finanzpolitische Reserven von der GRPK oder fünf Millionen von der SVP.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke für die Richtigstellung, Roman Walt. In diesem Fall kommen wir zur Abstimmung. Zuerst zum Änderungsantrag der GRPK, vorbehaltlich des Ergebnisses der Steuerfussdebatte

nachher. Gibt es einen Antrag auf Abstimmung? Ja, es gibt einen Antrag auf Abstimmung. In diesem Fall stimmen wir darüber ab. Wer dem Antrag der GRPK zustimmen möchte, soll jetzt aufstehen. Wer dem Antrag nicht zustimmen möchte, soll jetzt aufstehen. Gibt es Enthaltungen? Das ist nicht der Fall. Ihr habt diesem Änderungsantrag mit 16 Stimmen dafür und 12 dagegen bei 0 Enthaltungen zugestimmt. Kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der SVP. Gibt es dort einen Antrag auf Abstimmung? Ja. In diesem Fall: Wer diesem Antrag zustimmen möchte, soll jetzt aufstehen. Wer dem Antrag nicht zustimmen möchte, soll jetzt aufstehen. Gibt es Enthaltungen? Ihr habt dem Antrag mit 21 Stimmen dafür, 5 dagegen und 2 Enthaltungen zugestimmt. Kommen wir zum nächsten Antrag betreffend Kostenstelle ER 724010/424000 Korrektur Weiterverrechnung ½ Kapoabgeltung.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission GRPK, Bert Horvath: Wir gehen in den Ertragsbereich. Es geht um die Abgeltung für die Kantonspolizei an Heimspielen des EHC. Das ist budgetiert als Aufwand mit 140'000 Franken. Die Hälfte dieser 140'000 Franken wird in Rechnung gestellt an die EHC Kloten Sport AG. 70'000 Franken werden in Rechnung gestellt. Jetzt ist irrtümlicherweise im Ertragskonto nur 50'000 Franken eingetragen worden anstelle von 70'000 Franken und das ist der Änderungsantrag der GRPK. Richtigstellung durch Erhöhung von 50'000 auf 70'000 Franken, einfach plus 20'000 Franken Ertrag. Dankeschön.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke Bert Horvath. Gibt es weitere Wortmeldungen aus der GRPK? Das ist nicht der Fall. Gibt es Wortmeldungen aus dem Stadtrat? Das ist auch nicht der Fall. Gibt es Wortmeldungen aus dem Rat? Ist auch nicht der Fall. Gibt es einen Antrag auf Abstimmung? Das ist auch nicht der Fall. Somit habt ihr diesen Antrag beschlossen. Wir kommen zum Sammelantrag aufgrund der Festsetzung des vom Steuerfuss und der betrifft alle Kostenstelle ER 323000/400000. Darf ich der entsprechenden Person aus der GRPK das Wort erteilen.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission GRPK, Maja Hildebrand: Bei diesem Sammelantrag geht es eigentlich um die Korrektur der Einnahmen betreffend die Steuern dieses Rechnungsjahres. Sei es die natürlichen Personen, die Einkommenssteuer mit 100% wie das die GRPK vorschlägt, das sind 742'000 Franken. Das Zweite sind Steuern Rechnungsjahr natürliche Personen, Vermögenssteuern bei einem Steuerfuss von 100% 82'000 Franken und das Dritte Steuern Rechnungsjahr juristische Personen, Gewinnsteuer, Steuerfuss 100%, 1,752 Millionen Franken. Dann noch das Letzte, Steuern Rechnungsjahr juristische Personen, Kapitalsteuer, Steuerfuss 100% ist 134'000 Franken. Im Namen der GRPK bitte ich um Zustimmung.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke Maja Hildebrand. Gibt es weitere Wortmeldungen aus der GRPK? Gibt es Wortmeldungen aus dem Stadtrat? Das Wort hat René Huber.

Stadtpräsident, René Huber: Es ist ja vielleicht nicht üblich, dass ich da jetzt etwas sage, es ist eure Debatte, aber als Dorfältester erlaube ich es mir jetzt doch. Ich glaube, die Aufstellung ist sehr wertvoll. Das sind einfach die Mehreinnahmen, die es gibt, wenn ihr 100% Steuerfuss beschliesst und redet doch endlich mal über diesen Steuerfuss und nicht über irgendwie so vorbehaltliche Zahlen. Redet jetzt über den Steuerfuss 100% oder 98%. Und dann ist das automatisch beschlossen.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke, René Huber. Gibt es Wortmeldungen aus dem Rat? Das ist nicht der Fall. Gibt es einen Antrag auf Abstimmung? Ja, von der SVP. In diesem Fall: Wer diesem Sammelantrag zustimmen möchte, soll jetzt aufstehen. Wer den Sammelantrag ablehnen möchte soll jetzt aufstehen. Gibt es Enthaltungen? Ihr habt diesem Sammelantrag mit 16 Ja zu 9 Nein bei 3 Enthaltungen zugestimmt. Kommen wir noch zum letzten Antrag betreffend Kostenstelle IR 3405030118, Streichung Eissportzentrum Produktionsküche Halle. Darf ich der entsprechend zuständigen Personen aus der GRPK das Wort erteilen?

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission GRPK, Ueli Morf: Bei diesem Projektierungskredit geht es um eine Küche, welche der EHC Kloten betreiben möchte. Bis jetzt hat ja der EHC Kloten die Gäste in der

Red Lounge mit Essen, das er von auswärts hat kommen lassen, verpflegt. Beim Umbau des Eisfeldes, als man das zweite Eisfeld umgebaut hat, hat man uns versprochen, dass die Küche, die man jetzt gebaut hat, für sämtliche Bereiche ausreichen wird, die man dort oben verpflegt, was ja leider momentan nicht zutrifft. So ist die Idee aufgekommen, dass wir auf der Dachterrasse des neuen Eisfeldes eine Produktionsküche für den EHC einrichten möchten, was wiederum zur Folge hat, dass man das Essen quer durchs Stadion transportieren müsste und mit dem Lift in die Red Lounge transportieren müsste, was kompliziert ist. So kann man ebenso gut bei der alten Lösung bleiben. Damit die Ansprüche einer Spitzenmannschaft im Schweizer Eishockey auch weiterhin in unserem Stadion gewährleistet werden können, wird es auch früher oder später eine Sanierung geben in diesem Bereich und darum sehen wir es so in der GRPK, dass wir auf den Projektierungskredit verzichten sollten und diesen aufschiebt. Mit diesem Argument hat die Mehrheit der GRPK beschlossen, diesem Planungskredit nicht zuzustimmen. Vielen Dank.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke, Ueli Morf. Gibt es weitere Wortmeldungen aus der GRPK? Das ist nicht der Fall. Gibt es Wortmeldungen aus dem Stadtrat? Auch nicht der Fall. Gibt es Wortmeldungen aus dem Rat? Das ist auch nicht der Fall. Gibt es einen Antrag auf Abstimmung? Das ist auch nicht der Fall. In diesem Fall habt ihr den Antrag beschlossen. Kommen wir jetzt zur Steuerfussdebatte. Es liegen zurzeit zwei Anträge vor. Der eine Steuerfuss auf 98%, beantragt sowohl vom Stadtrat als auch von einer GRPK-Minderheit und 100%, beantragt von einer GRPK-Mehrheit. Die Debatte würden wir vom Ablauf her wie folgt gestalten: Zuerst erteile ich das Wort dem GRPK-Präsidenten Peter Nabholz für die GRPK-Mehrheit, dann Sandra Eberhard für den GRPK-Minderheitsantrag, dann weitere Wortmeldungen aus der GRPK, dann Stadtrat und am Schluss noch die Ratsmitglieder. Darf ich dem Präsidenten der GRPK ... [unverständliche Wortmeldung aus dem Rat] Entschuldigung? ...[unverständliche Wortmeldung aus dem Rat] Gut, dann stimmen wir über eine Pause ab. Wer einer Pause zustimmen möchte, soll jetzt aufstehen. Wer dieser nicht zustimmen möchte, soll ich jetzt aufstehen? Wer sich enthalten möchte, soll jetzt aufstehen. In diesem Fall machen wir eine Pause bis um 20.05 Uhr. ...[Pause]

Wir würden mit der Sitzung weiterfahren. Wie gesagt, vom Ablauf, wäre jetzt als Erstes das Wort beim Präsidenten der GRPK, Peter Nabholz. Darf ich dich nach vorne bitten.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission GRPK, Peter Nabholz: So, nachdem alle gestärkt sind, herzliches Zurückkommen. Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat den Steuerfuss von 103 auf 98% zu senken. Er erwähnt folgende Gründe, welche für die Senkung auf 98 sprechen. Gemäss der letzten Prognose wird das Rechnungsjahr 2024 besser abschliessen als budgetiert. In der aktuellen Situation ist eine Senkung des Steuerfusses möglich, es kann weiterhin mit Einlagen in die finanzpolitische Reserve und positivem Abschluss gerechnet werden. Die Ertragsseite wird sich nochmals wegen höherer Steuererträge von Unternehmen, auch von früheren Steuerjahren, weiterhin positiv entwickeln. Grund dafür ist einerseits, dass die Stadt Kloten davon ausgeht, dass die Änderungen des Steuergesetzes nicht per 01.01.2025 umgesetzt werden und somit die Gewinnsteuererträge für Unternehmen auf 7% bleiben und noch nicht auf 6% gesenkt werden. Andererseits gibt es Unternehmen, welche nach der Corona-Krise Verlustvorträge geltend gemacht haben. Diese sind in der Zwischenzeit durch erzielte Gewinne, zumindest teilweise, abgebaut. Mit einem total von 34,8 Millionen Franken steigt die Ablieferung in den Ressourcenausgleich des Kantons gegenüber dem Vorjahr nochmals massiv an. Unter dem Strich fällt das Ergebnis des Budgets 25 mit einem Ertragsüberschuss von 0,9 Millionen Franken und einer Einlage in die finanzpolitische Reserve von 4 Millionen Franken positiv aus. Der Stadtrat erwähnt aber auch folgendes in seiner Einschätzung für die Zukunft, ich zitiere: "Weil weiterhin grosse und viele Investitionsvorhaben vorgesehen sind, resultiert im Steuerhaushalt über die nächsten Jahre ein beträchtliches Haushaltsdefizit und die verzinslichen Schulden dürften stark ansteigen. Auch eine Einlage in die finanzpolitische Reserve dürfte in Zukunft deutlich schwieriger werden. Um gute Voraussetzungen für eine nachhaltige Erholung zu schaffen, muss mittelfristig entweder der Steuerfuss wieder nach oben korrigiert werden oder die Ausgaben und Investitionen reduziert werden. Die grössten Haushaltsrisiken sind bei der unsicheren konjunkturellen Entwicklung inklusive Finanzausgleich, stärkeren

Aufwandszunahmen, tieferen Grundstücksgewinnsteuern oder ungünstigen gesetzlichen Veränderungen auszumachen." Wir müssen uns bewusst sein, dass die Verschuldung ansteigen wird und am Ende der Finanzplanperiode 24-28, wir haben es vorher von den Kolleginnen und Kollegen schon gehört, ausserhalb der definierten Zielbereiche bleibt. Beim Zielbereich betreffend Selbstfinanzierung und auch den einzelnen Einwohner, den sich der Stadtrat setzt, haben wir auch eine Bandbreite von fünfzehnhundert Franken. Dort werden auch, wie erwähnt, diese grossen Investitionen in die Infrastruktur auf uns warten. Diese zu machen ist auch notwendig. Wir müssen die machen. Wir benötigen darum Planungssicherheit einerseits für unsere Bevölkerung, andererseits aber auch für unser Gewerbe. Wir stehen heute vor der wichtigen Entscheidung, den richtigen Steuerfuss für unsere Gemeinde festzulegen. Damit möchte ich meine Bedenken bezüglich einer zu starken Anpassung des Steuerfusses zum Ausdruck bringen, da ich diese für nicht nachhaltig halte. Die Erfahrung zeigt, dass übermässige Volatilität in zentralen Parametern, sei es an den Finanzmärkten oder in unserem Gemeinwesen, Planungsunsicherheit hervorruft und mit sich bringt. Ähnlich wie die Schwankungen an der Börse erschwert ein stark variierender Steuerfuss die langfristige Finanz- und Investitionsplanung. Ein weiteres Thema, das uns nicht aus den Augen geraten darf, sind potenzielle Ausgaben, die wir möglicherweise noch nicht konkretisiert haben, aber allfällig realistisch werden. Denkt man zum Beispiel an eine allfällige Sanierung der Deponie Homberg, die wie ein Damoklesschwert über unserer Gemeinde hängt. Solche Investitionen, wenn sie dann eintreffen und Kloten dann seinen Teil nach Varianz, je nachdem wie man die Sanierung macht, allfällig bezahlen müsste, müssten finanziert werden, ohne die finanzielle Stabilität von Kloten zu gefährden. Auch die Einnahmeseite unserer Gemeinde birgt Risiken. Unsere Haupteinnahmequelle, die juristischen Personen von Grossunternehmen wie der Flughafen Zürich und der Swiss, weisen ein Klumpenrisiko aus und ja, die flughnahen Betriebe werden im 24 wahrscheinlich einen super Gewinn machen. Aber trotzdem, ich erinnere uns an die drastischen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie, die uns vor Augen geführt haben, wie volatil diese Einnahmen sein können. Ein erneuter Einbruch in diesen Bereichen hätte weitreichende Folgen für unser Budget und unsere Handlungsfähigkeit. Darum plädiere ich dafür und voraussichtlich auch die Mehrheit der GRPK, eine moderate und weitsichtige Anpassung des Steuerfusses vorzunehmen, die eine nachhaltige finanzielle Basis schafft, ohne die langfristige Planungsfähigkeit zu gefährden. Eine Mehrheit der GRPK... Nein, jetzt will ich noch schnell etwas einbringen. Ich bitte auch den Stadtpräsidenten zu beachten, dass wir und besonders die Ratsleitung, jetzt eine unterschiedliche Fassung haben, 98% oder 100%. Was von den Zahlen her zu Verwirrungen führen kann und ich muss sagen, die Ratsleitung hat einen guten Job gemacht. Es war relativ sehr komplex und ich habe einfach das Gefühl, aufgrund der Hochhaltung unserer Institutionen bitte ich den Stadtrat, sich nicht einzumischen. Weil wir im Gemeinderat beschliessen den Steuerfuss, wir bestimmen den Steuerfuss, der Gemeinderat bestimmt den Steuerfuss und nicht der Stadtpräsident. Eine Mehrheit der GRPK folgt der Empfehlung des Stadtrates nicht und beantragt dem Gemeinderat, den Steuerfuss von 103 auf 100% zu senken. Besten Dank.

Ratspräsident, Philip Graf: Das Wort hat Sandra Eberhard für den Minderheitsantrag aus der GRPK.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Sandra Eberhard: Als erstes eine Korrektur: Es ist kein Minderheitsantrag. Es hat beim Protokoll Verwirrung gegeben und ein Hin und Her auch beim Ablauf. Es ist ein Minderheitsvotum aus der GRPK, denn der Antrag, für den wir sind, der besteht als allererstes vor allen anderen, die im Raum gestanden sind, und das ist der von 98% vom Herrn Stadtpräsidenten und dem ganzen Stadtrat. Die Steuerfussdebatte, wir hören es schon die ganze Zeit, wir haben es schon seit ganzen Wochen und Tagen und Stunden hinter uns in der GRPK, ist sehr intensiv geführt worden, jawohl. Der Antrag, der jetzt von einer Mehrheit aus der Kommission kommt, hat eine sehr knappe Mehrheit. Ich will euch kurz ausführen, daher das Votum, warum die Minderheit der GRPK dem nicht folgt und am Antrag des Stadtrats von 98% festhält und diesen unterstützt. Der Antrag des Stadtrats auf eine Reduktion von 103% auf 98% ist aus Sicht der Minderheit der Kommission nicht nur vertretbar, er ist auch notwendig. Somit kann einerseits ein ausgeglichenes, positives Budget gewährleistet werden, indem trotzdem noch für das Jahr 2025 eine Einlage in die finanzpolitische Reserve von fünf Millionen Franken möglich wäre. Andererseits wird damit eine echte

und eine faire Entlastung für alle in unserer Stadt erreicht. Der Stadtrat hat nach unserer Auffassung eindeutig darlegen können, mehrfach, auch in der GRPK, mit Aussagen, die ich jetzt da nicht zitieren werde, dass die zukünftige, kurz- und mittelfristige Finanzstrategie der Stadt mit allen geplanten Investitionen auch durch eine Reduktion um 5 Prozentpunkte eingehalten werden kann und er sich die aus seiner Sicht nachhaltige Senkung auf 98% gut überlegt hat. Die von uns selber auferlegte und nicht gesetzlich erforderliche Einlage in die finanzpolitische Reserve könnte noch bis ins Jahr 2026 erfolgen. Danach, wie gesagt, bedingt durch die hohen Investitionen, erfolgt ein kurzzeitiger Stopp. Das ist jedoch in Anbetracht von dann bis Ende 2025 schon eingelegten Reserven von mindestens 54,5 Millionen Franken bei einem Steuerfuss von 98% vertretbar. Ebenso in Hinsicht auf die jährlichen, massiven Steuerüberschüsse, allein im letzten Jahr von circa 24 Millionen und auch im Jahr 24, wird es sicherlich ähnlich aussehen, ist dieser Schritt mehr als angebracht. Es ist noch anzumerken, dass in Kloten bisher circa 1,3 Millionen, grob gesagt, einem Steuerprozent entspricht. So wird auch klar im Punkt Begrenzung, Substanz, Verschuldung dargelegt, wir haben es schon anderweitig gehört, dass bei einer über eine längere Zeit erhöhten Bandbreite des Nettovermögens pro Einwohner über 1500 Franken eine Steuerfusssenkung angezeigt wäre. Diese Bandbreite liegt in der Betrachtung der letzten fünf Jahre sowie in den nächsten drei Jahren. Diese liegt klar über dem angepeilten Ziel von 1500 Franken. Eine kurzzeitige Verschuldung in diesem Rahmen, ausserhalb dem von uns selber auferlegten Zielbereich in 5 Jahren, ist dann zwar eine Herausforderung, jedoch jetzt kein genügender Grund und auch kein Risiko für die geplanten Investitionen, den Steuerfuss nicht auf 98% zu senken, wie der Stadtrat das vorschlägt. Zudem kann man bei einem geplanten und normalen Zeithorizont von fünf Jahren wohl kaum von einer übermässigen Volatilität sprechen, welche sich auf fliegende und flüchtige, kurzum unbeständige Schwankungen und Veränderungen im Zickzackkurs, meistens innerhalb von einem Jahr beziehen. Wir können und dürfen jetzt und in Zukunft nicht nur alles auf ein erneutes, mögliches Grounding oder ein erneut mögliches Corona-Szenario oder auf noch nicht konkretisierte potenzielle Ausgaben als Schreckgespenst in ferner Zukunft ausrichten. Falls sie dann überhaupt eintreffen werden. Niemand hier kann eine Garantie für eine längerfristige Prognose von über fünf Jahren geben. Daher sollte dem viel erwähnten Anspruch der Nachhaltigkeit und Planungssicherheit einerseits für die Stadt, aber auch für die Bevölkerung und das Gewerbe, damit auch mit 98% genügen für die nächsten paar Jahre. Es gibt keinen richtigen oder falschen Steuerfuss. Die Frage ist da eher, wie hoch kann und soll diese Senkung sein. Denn dass eine Senkung benötigt wird, werden wir ja auch von Links sehen. Der Stadtrat und die GRPK-Minderheit sind der Ansicht, dass 5% vertretbar, nachhaltig und fair sind. Daher unterstützt eine sehr knappe Minderheit, den Antrag des Stadtrates und empfiehlt dem Gemeinderat, der Steuersenkung um 5 Prozentpunkte von 103% auf 98%, zuzustimmen.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke, Sandra Eberhard. Gibt es weitere Wortmeldungen aus der GRPK? Das ist nicht der Fall. Gibt es Wortmeldungen aus dem Stadtrat? Auch nicht der Fall. Gibt es Wortmeldungen aus dem Rat? Tanja Woodhatch, EVP.

EVP-Fraktion, Tanja Woodhatch: Die EVP kann einer Senkung des Steuerfusses auf 98% nicht zustimmen. Uns ist es schleierhaft, wie man auf die Idee kommen kann, den Steuerfuss dermassen massiv zu senken in einer Phase mit den höchsten Investitionen. Wir haben es schon von Max gehört. Wir sprechen von etwa 300 Millionen über die nächsten paar Jahre. Die Selbstfinanzierung sinkt massiv, wir wandeln unser Nettovermögen in eine Nettoschuld und wir wollen doch nicht wieder in einen Investitionsstau geraten. Wohin das in der Vergangenheit geführt hat, ist uns ja allen sehr bewusst, nämlich, dass wir jetzt ein hohes Investitionsvolumen in ganz kurzer Zeit abarbeiten müssen. Der Steuerfluss könnte ja immer noch dann gesenkt werden, wenn die ganz grossen Investitionen alle durch sind und man gesehen hat, es geht uns gut und es ist ok. Wieso man das so überstürzen muss jetzt, können wir nicht begreifen. Deshalb nimmt die EVP die bittere Pille in Kauf und stimmt einer moderaten Senkung auf 100% zu. Dankeschön.

Grüne-Fraktion, Diana Diaz: Wie bereits im Votum der Grundsatzdebatte erwähnt, macht uns der Vorschlag des Stadtrates, den Steuerfuss um 5% zu senken, Sorge. Wir haben die Finanzplanung ausführlich in der Fraktion besprochen und sind der Meinung, dass es unverantwortlich ist, in diesem Jahr die Steuern zu

senken. Die fehlenden Einnahmen einer allfälligen Steuersenkung könnten einerseits die geplanten Investitionen gefährden, wie man das bereits gehört hat, oder andererseits erneute Steuererhöhungen in den kommenden Jahren zur Folge haben. Weder bei den Investitionen zu sparen, noch die Steuern wieder anzuheben, finden wir zielführend. In den kommenden Jahren stehen grosse Investitionen an. Diese sind essentiell für die Zukunft unserer Stadt und bei den Investitionen darf auf keinen Fall gespart werden, wenn wir die Lebensqualität aufrechterhalten wollen. Wichtige Fragen wie die Gestaltung von Freiräumen für Mensch und Natur, die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum, werden uns immer mehr beschäftigen und wir müssen bereit sein, Ressourcen in diesen Themen aufzubringen. Wenn bei den Investitionen nicht gespart wird, müssten die Steuern allenfalls wieder erhöht werden und diese Schwankungen wollen wir vermeiden. Wir Grünen setzen uns für Kontinuität und für nachhaltige Finanzplanung ein und können deshalb nicht hinter dieser Senkung von 5% stehen. Unserer Meinung nach wäre deshalb eine Steuersenkung von 0% angebracht. Gerne hätten wir dazu einen Antrag eingebracht, aber bei den aktuellen politischen Mehrheiten wäre der Antrag untergegangen. Die politische Realität ist, dass wir einen unverantwortlichen Antrag haben von -5% und einen ein bisschen weniger unverantwortlichen von -3%. Aber sogar der -3% Antrag könnte gefährdet sein. Mit dieser Ausgangslage ist für uns klar, dass wir uns für das kleinere Übel entscheiden. Auch wenn wir gegen Gewalt an Tiere sind, haben wir lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach und unterstützen deshalb den Mehrheitsantrag der GRPK.

Die Mitte-Fraktion, Pascal Walt: Die Mitte-Fraktion stützt sich seit jeher auf die Empfehlung der Finanzfachleute. Sie hat damit gute Erfahrungen gemacht und damit auch ein hohes Vertrauen in die Budgetzahlen gesammelt. Ein wenig ins 2028 vorgeschaut ist uns selbstverständlich bewusst, dass unsere heutige Komfortzone mit dem riesigen Investitionsvolumen die nächsten Jahre kippt und die Verschuldung zunehmen wird. Andererseits braucht es erfahrungsgemäss bis dahin nur ein paar positive Einmaleffekte, von denen haben wir genug gehabt in der Vergangenheit, um die Finanzen wieder zu stabilisieren. Ausserdem soll und darf die Stadt nur so viele Steuern verlangen, um die Kosten zu decken. Das ist auch mit 98% gegeben. Insofern unterstützen wir von der Mitte-Fraktion den beantragten Steuersatz von 98% und sind gespannt, ob sich das Budget auch in eineinhalb Jahren in der Rechnung bewahrheiten wird oder nicht. Danke.

GLP-Fraktion, Roman Walt: Nachdem wir jetzt ein paar Verfahrensfragen und Zuständigkeiten von Stadtrat und Gemeinderat geklärt haben, sind wir jetzt mitten in der Steuerfussdebatte, wie man das ja eigentlich schon letztes Jahr bei der Beratung des Budgets angeteasert gehabt hat. Und auch wir von der GLP haben angekündigt, wir machen bei Steuersenkungen nur mit, wenn sie langfristig und nachhaltig sind. Die Frage, die wir uns jetzt natürlich stellen ist, kann sich Kloten das leisten? Und je nachdem, wen man fragt oder auf welche Fachleute oder sachliche Grundlage man sich stützt, hört man auch Unterschiedliches. Wir haben es von der Minderheit gehört, jetzt, nachdem sich die Mitte ja geäussert hat als Minderheit, das ist die SVP und die Mitte. Und die sagen ja, nicht wirklich überraschend, ja, wir können uns das leisten. Sie argumentieren mit den hohen Überschüssen der letzten Jahre, die die Stadt eingefahren hat und dass Investitionen nicht gefährdet seien. Zudem kann man ja nochmals vier, oder jetzt haben wir ja den Antrag angenommen, fünf Millionen in die finanzpolitischen Reserven einzahlen, dann kommen wir etwa auf die 54 oder 55 Millionen, die wir da drin haben. Man wolle dem Stadtrat folgen, der eine Senkung auf die 98% vorgeschlagen hat und damit richtig geplant hat. Die Steuersenkung sei machbar, verantwortungsvoll, fair und ausgewogen. Im Minderheitsvotum vorhin von der GRPK haben wir auch das Nachhaltigkeitswort gehört. Die anderen Worte, die ich erwähnt habe, sind im Leserbrief von Marco Brunner und Thomas Schneider letzte Woche im Zürcher Unterländer gewesen. Dass die Minderheitsmeinung, zusammengesetzt aus SVP und Mitte. Der Stadtrat selber, der selber die Senkung auf 98% vorgeschlagen hat, argumentiert ein bisschen anders. Auch er sieht zwar die Steuersenkung oder die Möglichkeit einer Steuerfussenkung als gegeben, auch aufgrund der guten Erträge der letzten Jahre und der Prognosen für das nächste Jahr. Anders als bei der SVP und bei der Mitte hören seine Überlegungen aber nicht an dieser Stelle auf, sondern sie gehen weiter bis ans Ende der aktuellen Finanzplanungsperiode und darüber hinaus. Und da sehen wir, dass die geplanten Investitionen

zwar machbar sind, aber, wir haben es auch schon gehört, mit einer höheren Verschuldung zusammenhängen werden. 2028 werden wir da bei 115 Millionen Franken liegen. Verschuldung. Wenn dann auch noch die Einnahmen aufgrund von geplanten Unternehmenssteuerreformen, die wurden seitens der SP auch schon angesprochen, wegbrechen, wird es nochmals schwieriger. Und das Ziel der finanzpolitischen Reserve? Auch das haben wir jetzt schon mehrmals gehört, das Ziel wären nicht 55 Millionen, sondern nämlich 90 Millionen, welche man in Krisenzeiten bereit hat. Auch das wird deutlich schwieriger zu erreichen. Wir haben es vorhin bei der Minderheitssprecherin gehört. Bei einem Steuerfuss von 98% wird es 2026 vermutlich das letzte Mal der Fall sein, dass wir in die Reserve einzahlen können. Damit man langfristig die finanzpolitischen Ziele der Stadt Kloten zumindest teilweise wieder erreicht, müsste man, und jetzt Vorsicht, den Steuerfuss in ein paar Jahren wieder um drei bis sechs Steuerprozent anheben. Das ist nachzulesen im Stadtratsbeschluss 295-2024 von diesem Jahr, 22. Oktober 2024, zum Finanzplan 2024-2028. Das ist das, was die Finanzfachleute sagen. Die Steuersenkung ist für den Stadtrat also zwar machbar, fair vielleicht auch für die aktuellen Steuerzahler, aber für die Zukünftigen? Von ausgewogen im Sinne von auch langfristig und nachhaltig kann keine Rede sein. Wenn wir den Blick noch weiter aufmachen und uns anschauen, was wir in den nächsten Jahren für Herausforderungen haben, die auf uns zukommen - der GRPK-Präsident hat es schon angesprochen, ich selber habe es bei der Budgetdebatte kurz skizziert - dann muss man klar sehen, die Finanzplanung steuert auf schwierigere Zeiten zu und wichtige Einflussfaktoren auf den Steuerhaushalt sind noch gar nicht vollständig abschätzbar. Peter Nabholz als GRPK-Präsident hat die Homberg-Deponie angesprochen, das Damoklesschwert, je nach Plänen des Kantons und je nachdem wie wir das in Kloten gut oder vielleicht nicht so gut finden, was da geplant ist. Je nachdem gibt es ja dann vielleicht auch eine Abstimmung dazu, wie wir jetzt gerade eine gehabt haben. Dann dürften wir die Sanierungskosten selber tragen oder bekommen vielleicht so einen Teil der Sanierungskosten vergütet. Wir haben da eine Spannweite von 0 Franken, die wir zahlen müssen bis zu vielleicht über 100 Millionen. Ein weiterer Punkt: Mit der Ablehnung des Richtplans und der BZO, das hat Max Töpfer bei der Budgetdebatte auch schon angesprochen, gibt es keine Aufwertung im Steinacher und damit fehlen uns 125 Millionen Mehrwertausgleich. Gleichzeitig kommen aber von Seiten Bund und vor allem vom Kanton, ich nehme das Stichwort PBG, also Planungs- und Baugesetzrevision, unter dem Titel "Klimaangepasste Siedlungsentwicklung", welche der Regierungsrat vorgestern, am 1. Dezember 2024 in Kraft gesetzt hat, gesetzliche Anforderungen auf uns zu, die im Bereich Stadtplanung, Stadtentwicklung, Infrastrukturen hinsichtlich Klima und Biodiversität, Massnahmen vorsehen, die wir zu übernehmen haben und anzupassen haben. Diese Aufträge haben wir umzusetzen. Auch das wird kosten. Sowohl beim Planen und Begleiten von Bauvorhaben in unserer Gemeinde als auch bei der Entwicklung der eigenen Infrastrukturen. Mit Annahme von den beiden Vorlagen hätten wir das Geld für die Massnahmen aus dem Mehrwertausgleich herausnehmen können. Stand heute zahlen wir das Ganze jetzt aus der ordentlichen Stadtkasse. Das sind nur zwei Punkte, nebst all den angesprochenen Investitionen, die schon mehrfach erwähnt worden sind. Was ist jetzt also die die Antwort auf die Frage, kann sich Kloten, das leisten. Kloten kann sich eine Steuersenkung auf 98% nur bei einem relativ kurzen, kurzfristigen Planungshorizont, wenn man denn von so einem reden will, leisten. Richtig geplant, an dieser Stelle an die Adresse des Stadtrates, ist seitens der Befürworter der 98% eher frei interpretiert. Er blendet den bereits angekündigten Jojo-Effekt einfach aus. Das ist keine nachhaltige, keine ausgewogene, keine faire Finanzpolitik. Und wenn wir ganz ehrlich sind, ganz ehrlich, auf die lange Perspektive. Kloten könnte sich eigentlich die Steuerfussenkung gar nicht leisten. Die genannten Gründe lassen es nicht zu, wenn wir nicht zuerst, jetzt, wo es uns noch gut geht, die nötigen Reserven aufbauen und die Verschuldung so lange wie möglich gering halten wollen. Ich habe in der Budgetdebatte aber auch schon bereits gesagt, der beste Weg, wo wir möglichst alle mitnehmen können, ist meistens ein Mittelweg. Es ist ein Gleichgewicht, ein Kompromiss, der erarbeitet werden muss, damit er zukunftsorientiert, ausgewogen, langfristig und nachhaltig ausgestaltet ist. Fair für alle, sowohl für die heute direkt Betroffenen wie auch für die nächsten Generationen. Erklärbar, weil wir sowohl die kurzfristigen, positiven Effekte berücksichtigen, wir haben die guten Rechnungsjahre gehört, aber auch die langfristigen Herausforderungen nicht vergessen. Die GLP wird darum

heute den von der Mehrheit der GRPK vorgeschlagenen Weg von einer Steuerfussenkung um 3% auf 100% mittragen. Das aber ganz klar im Wissen, dass wir uns damit unsere finanzpolitischen Aufgaben in Zukunft ganz sicher nicht einfacher machen werden. Vielen Dank.

SVP-Fraktion, Marco Brunner: Vorweg: Ich beantworte deine Frage. Ich gehöre zu denen oder beziehungsweise die SVP-Fraktion gehört zu denen, die diesen Fachleuten glaubt, die schon seit Jahren die Stadt begleiten und den Fachleuten, die sagen, wie du selber gesagt hast: Es ist machbar. Mit diesem Antrag, von 103 auf 98, wird das auch umgesetzt, was wir seit geraumer Zeit gefordert haben. Nämlich die Sicht des Bürgers und der Bürgerin und die Sicht der lokalen Gewerbetreibenden. Eine wirkliche Entlastung für alle. Damit wird auch dem Umstand Rechnung getragen, dass durch die hohen Steuereinnahmen der Stadt in den letzten nur drei Jahren mit einem Ertragsüberschuss von knapp 77 Millionen abgeschlossen hat. Dieses Geld kann für die Investitionen gebraucht werden und wird auch zukünftig für die Investitionen vorhanden sein, ohne dass sich die Gemeinde gross verschulden muss. Wir laufen jedoch Gefahr, durch die Ungleichgewichte auf der Ertragsseite unzumutbare Belastung weiterhin zu gewähren, während sich das wirtschaftliche Umfeld, Inflation, steigende Krankenkassenprämien, Mieten etc., für uns alle belastend sind. Bereits letztes Jahr haben wir gefordert, dass der Steuersatz reduziert wird, haben in diesem Rat aber keine Mehrheit gefunden. Nun hat der Stadtrat die Notwendigkeit gesehen und stellt uns mit diesem Antrag, wie du auch schon erwähnt hast und eine Vorrednerin erwähnt hat, einen Antrag, der machbar, verantwortungsvoll, ausgewogen und fair ist. Für beide Seiten. Und, ohne die nötigen zukünftigen Investitionen von Kloten zu gefährden. Sogar Links-Grün musste das akzeptieren, sonst hätten wir heute einen Antrag auf 103, ob er jetzt hier im Rat machbar ist oder nicht, aber ihr hättet ihn stellen können. Ihr stellt euch trotzdem hinter eine Senkung von 3%. Es gibt keinen Grund davon auszugehen, dass die Einnahmen in Zukunft sinken werden. Im Gegenteil. Verlustvorträge aus der Coronazeit werden aufgelöst und der Flughafen vermeldet jeden Tag Rekord-Passagierzahlen. Wir können und wir müssen uns das leisten, den Schritt vorwärtsgehen, um eine wirkliche, eine wirkliche Entlastung zu erreichen. Ebenfalls, wie auch schon erwähnt, wird per Ende 2025 die finanzpolitische Reserve auf mindestens 54 Millionen anwachsen. Das Ziel von 90 Millionen, welches in den strategischen Zielen festgelegt ist, hat nicht Wirksamkeit ab 30. Also es ist nicht festgelegt, ab wann wir sie erreichen müssen. Wir können es uns leisten, und da sind wir fest davon überzeugt, auch auszusetzen. Die von allen Seiten hervorgebrachten Herausforderungen sowie auch Begehrlichkeiten hören wir hier drin schon seit Jahren. Man kann jedes Protokoll nachlesen, das ist jedes Jahr gleich. Sollten ab 2026 die Unternehmenssteuersätze gesenkt werden, die Staf-Reform angenommen werden, erhalten wir zudem noch befristet Überbrückungszuschüsse. Das aber nur unter der Voraussetzung, dass wir dannzumal den Steuerfuss nicht reduzieren. Somit ist das Budgetjahr 2025 ein vorläufig einmaliges Zeitfenster für die Reduktion des Steuerfusses in den nächsten Jahren oder, um den Stadtpräsidenten René Huber zitieren zu dürfen, die Gelegenheit. Verschwenden wir diese Gelegenheit und nehmen nur eine kleine Anpassung am Steuerfuss vor, so führt das wiederum dazu, dass die Stadt viel mehr Ertrag annimmt als überhaupt nötig, um all die geplanten Investitionen zu tätigen. Um dieses Geld, notabene unser Geld, geschätzte Damen und Herren, ist besser in die Kaufkraft von jedem Einzelnen angelegt als in einem aufgeblähten Budget. Die SVP Fraktion steht geschlossen hinter dem Antrag vom Stadtrat und wird jeden Antrag nach einer Reduktion ablehnen.

SP-Fraktion, Max Töpfe: Ich habe vieles eigentlich vorher schon in der Grundsatzdebatte gesagt. Wir als SP, wir sind eigentlich der Meinung, es braucht 0% Steuerfussreduktion. Aber ja, die realpolitischen Tatsachen sind in Kloten leider andere. 0% Steuerfussreduktion hätten keine Mehrheit in diesem Rat und schlussendlich müssen wir auch schauen, was ist das kleinere Übel und die 100%, die heute mit dem Kompromissvorschlag der GRPK vorliegen, die sind das kleinere Übel, die tun die finanzielle Situation der Stadt Kloten weniger verschlechtern und drum werden wir zähneknirschend dem GRPK-Antrag zustimmen. Einfach, um das noch mal zu wiederholen.

FDP-Fraktion, Erkam Dagli: Nach vielen Jahren eines gleichbleibenden Steuerfusses ist es angezeigt, den Steuerfuss zu senken. Das ist aus unserer Sicht unbestritten. Nicht nur mit Blick auf die regelmässigen

Überschüsse, sondern auch mit Blick auf wegfallende Verlustvorträge. Es freut uns darum, dass eine Senkung im Rat ja quasi unbestritten ist oder von einer Mehrheit unbestritten ist. Darum debattieren wir heute nicht darüber, ob wir senken wollen, sondern wieviel wir senken wollen. Der Stadtrat schlägt uns eine Senkung auf 98% vor, wir begrüßen dieses mutige Vorgehen, welches einen ersten Pfeiler in diese Diskussion eingeschlagen hat. Auf der anderen Seite hört man Stimmen, die eben gar keine Steuersenkung wollen. Für diejenigen, die gar keine Steuersenkungen wollen, haben wir nur Unverständnis übrig. Wer in diesen Zeiten eine Steuersenkung kategorisch ausschliesst, vergisst wohl, woher das Geld stammt, mit welchem wir hier arbeiten, nämlich vom Steuerzahler. Von diesem Geld sollte der Staat so viel haben, wie er benötigt, um seine Kernaufgaben zu erfüllen. Eine Reserve darf es dann auch noch sein. Aber horten sollte der Staat das Geld auf keinen Fall. Sobald das eintrifft, gibt es nur eins, nämlich Steuersenkungen. Und das Geld geht wieder ins Portemonnaie der Klotenerinnen und Klotener. Aber auch zum 5%-Antrag stellen sich uns verschiedene Fragen. Es startet eigentlich mit dem Satz, wo der Stadtrat selber schreibt, um eine gute Voraussetzung für eine nachhaltige Erholung zu schaffen, muss mittelfristig entweder der Steuerfuss wieder nach oben korrigiert werden oder die Ausgaben und Investitionen reduziert werden. Das mit Blick auf die grossen Investitionsvorhaben und dem daraus entstehenden Haushaltsdefizit und dem Schuldenanstieg. Also Option eins, Steuern mittelfristig wieder hoch oder Option zwei, Ausgaben und Investitionen kürzen. Option eins ist wie gesagt für uns keine Option. Klar kann es passieren, dass wir bald wieder hoch muss, aber eine Steuersenkung zu machen im Wissen, dass es bald wieder nach oben geht, ist nach unserem Verständnis keine seriöse Finanzpolitik. Es muss als Option zwei sein, Ausgaben und Investitionen kürzen. Wenn ich mir aber anschau, was nach seriösen Prüfungen durch alle Fraktionen als Sparpotenzial vorliegt, dann sind das keine grossen Beträge, zumindest nicht für eine Gemeinde mit der Grösse von Kloten. Das hat sicher auch mit dem grossen Anteil an gebundenen Ausgaben zu tun, aber auch mit der sorgfältigen Budgetierung durch die Stadt. Vielleicht kommt es ja aber nicht so drastisch, wie vom Stadtrat formuliert, beziehungsweise von mir vorhin zitiert. Das mag sein, unsere positiven Rechnungsergebnisse, die regelmässig besser sind als im Budget prognostiziert, lassen das vermuten. Aber auf der anderen Seite nicht wegzudiskutieren sind gewaltige Investitionen, die auf uns zukommen. Es ist klar, nur, weil die Zukunft unsicher ist, darf man nicht den Kopf in den Sand stecken und sagen, wir verharren, wo wir sind. Aber wir müssen die Ausgangslage nehmen wie sie ist und einen Weg finden, der mit unseren wichtigen Zielen vereinbar ist. Für uns sind die zwei wichtigen Ziele erstens, dem Bürger etwas zurückzugeben, wenn wir in der Lage sind und zweitens eine seriöse Finanzpolitik zu machen. Und eine seriöse Finanzpolitik umfasst einen Steuerfuss, den wir mittelfristig eben halten können, auch für das KMU, welches Planungssicherheit will und braucht, regelmässige Bildung von finanzpolitischen Reserven für Krisenzeiten und Sicherstellung von Investitionen und Ausgaben, die wichtig sind für unsere Stadt. Und damit einhergehend keine übermässige Verschuldung und kein Investitionsstau. Die FDP-Fraktion hat diese Balance bei einem Steuerfuss zwischen 99 und 100% gefunden, also bei einer Senkung von 3 bis 4% im absoluten Wissen, dass, wenn wir in ein bis zwei Jahren sehen, dass eine weitere Senkung angezeigt ist, dass wir diese dann auch mitgehen können. So können wir jetzt schon zurückgeben und das Geschehen weiter beobachten und bei Möglichkeit eben wieder agieren. So verhindern wir einen Jo-Jo-Effekt, der heute schon von vielen Seiten zurecht angesprochen angesprochen wurde. Mit diesen 3 bis 4% vor Augen haben wir mit den verschiedenen Fraktionen gesprochen, insbesondere unser Fraktionspräsident Philipp Gehrig ist sehr aktiv gewesen. Selbstverständlich wäre unser Ziel gewesen, um den tieferen Steuerfuss von diesen beiden zu erreichen, aber leider haben wir uns da nicht finden können mit den anderen Parteien. Darum wird heute eine Mehrheit der Fraktion die Senkung um 3% annehmen. Eine Minderheit schliesst sich dem SVP Antrag von 5% an. Danke vielmals.

Silvan Eberhard, SVP: Ich bin jetzt doch schon 12 Jahre im Gemeinderat und das ist meine 12. Budgetdebatte. Die Voten klingen seit jeher gleich: Die Investitionen in den nächsten Jahren werden extrem hoch sein und die langfristige Planung sieht eher düster aus. Mit Ausnahme der Coronazeit sind die Abschlüsse dann aber immer deutlich positiver ausgefallen als budgetiert und die langfristige negativen

Aussichten sind bis heute nicht wirklich eingetroffen. An der letzten Präsentation der Finanzplanung, an der ich dabei gewesen bin, das ist notabene sicher vor Corona gewesen, hat jedenfalls der Finanzexperte gesagt, er habe nirgends so sehr daneben gelegen wie bei der Stadt Kloten. Also von daher darf man sich vielleicht auf die Finanzplanung nicht immer allzu sehr abstützen. Der Unterschied zu den Jahren 14, 15, 16, zu meinen Anfängen im Gemeinderat: Damals hat man noch keine finanzpolitische Reserve bilden können und der Stadtrat hat jeweils mit einem negativen Ertrag im Budget zwischen 650'000 und 10'000'000 budgetiert. Ich bin daher schon ein wenig erstaunt über die Meinung eines grossen Teils des Rates, dass die vom Stadtrat vorgesehene Steuersenkung von 5% nicht drin liegen. Denn etwas hat mir die Vergangenheit aufgezeigt: Solange es keinen Einbruch bei der Flugindustrie gibt, kommt es besser als gedacht.

Roman Walt, GLP: Jetzt muss ich doch nochmal rasch, Silvan. Bei mir ist es unterdessen die 10. Budgetdebatte und ich gebe dir recht, viele Wortmeldungen klingen recht ähnlich. Was mich jetzt aber doch bei deinem Votum erstaunt hat: Man dürfe sich nicht allzu sehr auf die Finanzplanung der Fachleute abstützen. Ist das nicht gerade euer Argument gewesen mit den Planungen vom Stadtrat, dass man sich dort darauf abstützen kann? Ok. Dann noch zum Thema Gelder horten. Ich weiss nicht genau, wo man sieht, wo dass Geld gehortet werden. Wenn wir Überschüsse produzieren, aus der Rechnung heraus, wisst ihr, wo das Geld hinfliesst? Wir haben Investitionen, das heisst, wir müssen keine Darlehen aufnehmen. Das heisst, wir haben eine höhere Eigenfinanzierung, Selbstfinanzierung, da wird nichts gehortet, das wird ausgegeben. Was wir machen, wir schieben die Verschuldung ein bisschen hinaus. Und gerade eine Partei, die sich auf nationaler Ebene so dermassen für die Einhaltung der Schuldenbremse einsetzt, die Verschuldung unserer Gemeinde zu riskieren, finde ich dann auch ein bisschen schwierig. Mir kommt es ein bisschen vor, wenn wir von den Reserven sprechen, ja 54'000'000 reichen auch. Es ist ein bisschen wie pokern, oder, also man muss einfach mal darauf vertrauen, dass es in den nächsten Jahren genau gleich weiterläuft wie es gelaufen ist. Ich persönlich habe beim Pokern gerne ein gutes Blatt auf der Hand, damit ich reagieren kann und entsprechende Sicherheiten habe. Wenn ich nur bluffe, und da blufft man mit Steuergeldern, finde ich ein bisschen heikel, wenn man von einer nachhaltigen Finanzpolitik spricht. Vielen Dank.

Marco Brunner, SVP: Im Namen der SVP Fraktion stelle ich den Antrag, dass man die Abstimmung um die Bereinigung des Antrages über den Steuerfuss gemäß Artikel 73 Absatz 2 der Geschäftsordnung unter Namensaufruf durchführen. Merci.

Ratspräsident, Philip Graf: In diesem Fall stimmen wir über diesen Antrag ab. Er muss von einem Drittel unterstützt werden. Wer unterstützt diesen Antrag? Das sieht nach mehr als einem Drittel aus. In diesem Fall werden wir das Prozedere so durchführen. Dann kommen wir jetzt zur Bereinigung des Steuerfusses 2025. Die beiden Anträge. 98% und der Antrag der GRPK 100%. Jetzt noch ein letztes Mal gefragt, gibt es noch einen weiteren Antrag, von dem wir bis jetzt noch nicht wissen. Das ist nicht der Fall. In diesem Fall stellen wir die beiden Anträge einander gegenüber, 98% gegen 100%.

Es gibt einen Ordnungsantrag auf eine Pause. Eine Mehrheit ist für eine Pause. Wir machen vor der Abstimmung eine Pause von 5 Minuten, bis 9 Uhr.

Wir machen jetzt weiter mit der Sitzung. Zuerst noch eine kleine Randbemerkung. Ich bin darauf hingewiesen worden, und das ist korrekt, eigentlich hätten wir dem Ordnungsantrag nicht zustimmen dürfen, da wir schon im Abstimmungsprozedere drin sind. Wir entschuldigen uns dafür, dass wir das so gemacht haben, aber ich meine, wenn schon alle Parlamentarier aus dem Saal draussen sind, dann kann man das jetzt auch schlecht wieder revidieren. Ich bitte darum um Verständnis.

...[unverständliche Wortmeldung aus dem Rat]

Gut, dann kommen wir jetzt zur Abstimmung, Bereinigung des Steuerfusses. Antrag des Stadtrates, welcher von der Minderheit der GRPK unterstützt wird, auf 98% und der andere, der Mehrheitsantrag der GRPK von 100%. Wir würden das jetzt wie gefordert mit Namensaufruf durchführen

Ergebnis:

Für den Antrag Stadtrat stimmen: Brunner Marco (SVP), Brunner Urs (SVP), Chambettaz Dominique (Die Mitte), Eberhard Sandra (SVP), Eberhard Silvan (SVP), Körner Daniel (FDP), Morf Eliane (SVP), Morf Ueli (SVP), Murati-Bader Jennifer (Die Mitte), Ruosch Florian (SVP), Schneider Thomas (SVP), Trachsel Christian (SVP), Walt Pascal (Die Mitte).

Für den Antrag der GRPK stimmen Dagli Erkam (FDP), Diaz Diana (Grüne), Dieng Brian (GLP), Egg Anita (SP), Graf Philip (SP), Hildebrand Maja (SP), Horvath Bertalan (EVP), Käser André (GLP), Nabholz Peter (FDP), Schindler Reto (Grüne), Schmid Hansjürg (FDP), Sommer Sigi (SP), Töpfer Max (SP), Walt Roman (GLP), Woodhatch Tania (EVP)

Somit hätten wir alle. Der Antrag des Stadtrates für 98% hat 13 Stimmen erhalten. Der Antrag der GRPK für 100% hat 15 Stimmen erhalten. In diesem Sinn obsiegt der Antrag der GRPK. Dann kommen wir zur Schlussabstimmung über den Steuerfuss 2025. Der Steuerfuss wird auf 100% gesetzt. Wer dafür ist, soll jetzt aufstehen. Ich stelle Einstimmigkeit fest. Gut, dann kommen wir zum nächsten Punkt, das wäre das Rückkommen. Gibt es einen Antrag auf Rückkommen auf einzelne Anträge aus der Einzelberatung der Budgetdebatte? Das ist nicht der Fall. In dem Fall kommen wir zur Schlussabstimmung über das Budget. Wer dem Budget zustimmen möchte, soll jetzt aufstehen. Gibt es Stimmen dagegen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? Ihr habt in diesem Fall dem Budget mit 27 Stimmen dafür, keiner dagegen und einer Enthaltung zugestimmt.

3.12.2024 Beschluss Nr. 101-2024 Ersatzwahlen Legislatur 2022-2026; Mitglied Wahlbüro; Belinda Mastev, die Mitte, ab 01.01.2025

0.3.3 Ersatzwahlen

Ersatzwahlen Legislatur 2022-2026; Wahlbüro

Blanka Leu hat aus gesundheitlichen Gründen ihre Demission als Mitglied des Wahlbüros eingereicht.

Antrag Interfraktionelle Konferenz (IFK):

Die IFK stellt dem Gemeinderat einstimmig den folgenden Antrag:

1. Als neues Mitglied des Wahlbüros für den Rest der Amtsdauer 2022 bis 2026 wird Belinda Mastev, Händlenstrasse 46, 8302 Kloten gewählt.

Beschluss:

Belinda Mastev wird einstimmig gewählt.

Wortmeldungen

Ratspräsident Philip Graf: *Kommen wir jetzt zum fünften Traktandum, Ersatzwahl Wahlbüro. Blanka Leu hat aus gesundheitlichen Gründen ihre Demission als Mitglied des Wahlbüros eingereicht. Die IFK stellt dem Gemeinderat einstimmig den folgenden Antrag: Als neues Mitglied des Wahlbüros für den Rest der Amtsdauer 2022 bis 2026 wird Belinda Mastev gewählt. Wird der Wahlvorschlag vermehrt oder geändert? Das ist nicht der Fall. Der Wahlvorschlag wird somit stillschweigend genehmigt.*

Schluss der Sitzung: 21:15 Uhr

Für die Richtigkeit:

Regula Götsch-Neukom
Ratssekretärin i.V.

Geprüft und genehmigt:

Kloten,

GEMEINDERAT KLOTEN

Philip Graf
Präsident

Reto Schindler
1. Vizepräsident

Florian Ruosch
2. Vizepräsident